

SEIT
1946

01/2020

ZUKUNFT

DIE DISKUSSIONSZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, GESELLSCHAFT UND KULTUR



5,- Euro P.b.b. Abs.: Gesellschaft zur Herausgabe der Zeitschrift ZUKUNFT, Kaiserebersdorferstrasse 305/3, 1110 Wien, MZ 14Z040222 M, Nr. 01/2020

INTO THE NIGHT DIE AVANTGARDE IM NACHTCAFÉ (BELVEDERE)

Reformieren und einen!
Keir Starmer

Unser Weg zur Macht
Rebecca Long-Bailey

Grüne Kreide für den türkisen
Wolf
Ludwig Dvořák

Gute Ziele, wenig Mittel
Julia Herr

EDITORIAL

Der Wahlsieg von Hans-Peter Doskozil bei den burgenländischen Landtagswahlen ist ein erfreuliches Hoch inmitten sozialdemokratischer Wahl-Tiefpunkte. So wie auch bei einer Handvoll sozialdemokratischer GRW-Ergebnisse in Niederösterreich, von Traiskirchen über Trumau bis hin zu wiedergewonnen Mehrheit in Schwechat, hat sich dabei gezeigt, welche Kraft SozialdemokratInnen entwickeln können, wenn sie glaubwürdig für eigene Themen stehen und neue gesellschaftliche Impulse in einen eigenen Erzählrahmen einfassen können. Was im Burgenland die „Bio-Wende“ in Landkindergärten war, zeigte in Traiskirchen ein kommunales Maßnahmenpaket gegen den klimanotstand: Dass ökologische Politik soziale Politik sein kann und muss. Und dass SozialdemokratInnen Vertrauen erhalten, wenn sie in ihrem Reden und Handeln glaubwürdig sind. Dass am gleichen Tag Hans-Peter-Doskozil und Andreas Babler, symbolische Antithesen in der Asylpolitik, jeweils große Erfolge eingefahren haben, zeigt aber auch eindrucksvoll, dass diese Erfolge weniger mit der inhaltlichen Positionierung in dieser Frage zusammenhängt, als mit der Frage, ob Sozialdemokraten vermitteln, Dinge anzupacken.

Wer nach der Wahlniederlage im Dezember das Vertrauen der Mitglieder der britischen Labour Party erhält, um als künftige OppositionsführerIn anzupacken, wird derweil in der parteiinternen Debatte vor dem Mitgliedervotum entscheiden. Die ZUKUNFT bringt Diskussionsbeiträge der drei aussichtsreichsten KandidatInnen für den künftigen Parteivorsitz.

Der bisherige Schatten-Brexit-Minister Keir Starmer gilt als Favorit und versucht sich als Verbinder zwischen den Lagern zu positionieren. Während er an den wesentlichen politischen Inhalten der Corbyn-Ära festzuhalten verspricht, kündigt er weitgehende und gleichzeitig vage bleibende Änderungen der Parteistrukturen an.

Rebecca Long-Bailey gilt als Kandidatin des linken Parteiflügels und verbindet die Betonung ihrer Herkunft aus einem nordenglischen ArbeiterInnenhaushalt mit ihrer Anti-Establishment-Positionierung.

Lisa Nandy leitete 2016, nach dem gescheiterten Versuch der Parlamentsfraktion Corbyn zum Rücktritt zu zwingen, die Kampagne seines Gegenkandidaten Owen Smith. Die nordenglische Abgeordnete haderte seit 2016 mit dem Remain-freundlichen Kurs der Partei und fordert von den Mitgliedern eine „tapfere Entscheidung“ bei der Vorsitzwahl ein.

Schwerpunkt dieser Ausgabe sind drei Beiträge zum Programm der neuen Bundesregierung:

Ludwig Dvořák analysiert die politische und strategische Stoßrichtung der türkis-grünen Koalition. Die Gefahr einer gemeinsamen Mehrheitsbildung gegen das „Rote Wien“ sei realer denn je und könne nicht durch moralische Vorwürfe gegen die Grünen allein abgewendet werden.

SPÖ-Umweltsprecherin Julia Herr untersucht die klimarelevanten Kapitel des Regierungsprogramms und ortet unzulängliche Mittel für richtige und teilweise auch ambitionierte Ziele. Eine marktorientierte Klimapolitik werde den Herausforderungen nicht gerecht und müsse die Sozialdemokratie eine glaubwürdige Alternative für einen Green New Deal gegenüberstellen.

GPA-Jugendsekretär Christian Hofmann untersucht das Lehrlingskapitel im Regierungsprogramm und zeigt Stärken in Ankündigungen und Defizite in konkreten Maßnahmen auf.

Ingrid Nowotny skizziert schließlich in ihrem Beitrag, vor welchen vermeintlichen und realen Herausforderungen die österreichische Integrationspolitik steht und warum Integration, der Kampf gegen Ausgrenzung und der Einsatz für einen starken und verteilungswirksamen Sozialstaat Hand in Hand gehen müssen.

Wir wünschen gute Unterhaltung beim Lesen und Schauen!

LUDWIG DVOŘÁK
Gf. Chefredakteur

Inhalt

AKTUELLE DEBATTE:

Wer folgt Corbyn?

6 Reformieren und einen!

VON KEIR STARMER

12 Unser Weg zur Macht

VON REBECCA LONG-BAILEY

16 Trefft eine tapfere Entscheidung!

VON LISA NANDY

SCHWERPUNKT:

Grüne Handschrift für Türkis?

22 Grüne Kreide für den türkisen Wolf

VON LUDWIG DVOŘÁK

28 Gute Ziele, wenig Mittel

VON JULIA HERR

34 Österreichs Lehrlingspolitik: ein Herzstück der neuen ÖVP-Grünen Regierung?

VON CHRISTIAN HOFMANN

38 MIGRATION - INTEGRATION

VON INGRID NOWOTNY



Belvedere Wien

Into the Night

Die Avantgarde im Nachtcafé

14. Februar 2020 – 1. Juni 2020

GIACOMO BALLA, DESIGN FOR THE SIGN AND FLASHING LIGHT FOR THE FACADE OF THE BAL TIC TAC, 1921, © DACS, 2019

Reformieren und einen!

KEIR STARMER gilt als Favorit im Rennen um die Nachfolge Jeremy Corbyns als Labour-Parteichef. Der Londoner Abgeordneter machte als Anwalt und als Leiter der Staatsanwaltschaft Karriere, bevor er 2015 ins Unterhaus gewählt wurde. 2016 beteiligte er sich zwar an den massenhaften Rücktritten, mit denen die Parlamentsfraktion Corbyn zum Aufgeben zwingen wollte, verzichtete aber auf öffentliche Angriffe und übernahm nach Corbyns Wiederwahl das Amt des Schatten-Brexit-Ministers. Er gilt als Cheftaktiker in Labours Brexit-Politik und drängte zu einer klareren Remain-Haltung. Starmer gilt in der Partei als diplomatischer Vermittler zwischen den verschiedenen Parteiflügeln. Dieser Beitrag dokumentiert Starmers offizielle Position zur künftigen Ausrichtung der Partei.

Die Labour Party wurde auf Grundlage gemeinsamer Prinzipien und Werte geschaffen, die das Leben von Millionen zum Besseren verändert haben. Geschaffen von den arbeitenden Menschen, offen für alle, hat sich Labour nie gescheut auf Seite derer zu stehen, die uns am meisten gebraucht haben, und die Sache der Demokratie und der menschenrechte weltweit zu vertreten.

Wir haben das Nationale Gesundheitssystem geschaffen und es 70 Jahre lang verteidigt. Wir haben das Bildungssystem verändert. Wir haben die Rechte von ArbeiterInnen erkämpft. Wir sind die Partei des öffentlichen Eigentums, des Umweltschutzes und der Gleichheit.

Aber es gibt keine Möglichkeit zu verleugnen, dass wir gerade die vierte Wahlniederlage in Folge erlitten haben und diesen Trend umkehren müssen. Wir müssen dafür sorgen, nicht nur die Stimmend er Leute zu bekommen, die wir erreichen wollen, sondern auch ihr Vertrauen. Wir können Leben nicht von der Oppositionsbank aus verändern.

Ich bin sehr stolz auf die Größe und die Kraft unserer Partei. Tausende Menschen wurden von Jeremy Corbyn inspiriert, Labour beizutreten und wir dürfen ihren Idealismus und ihren Radikalismus nicht verlieren. Wir können ihnen aber noch effektiver kanalisieren. Wir schulden es unseren Mitgliedern und unserem Land eine professionelle, effektive Kampagnenorganisation zu sein, gerüstet dafür, zu gewinnen. Wir sind als Bewegung seit 2015 weit gekommen und jetzt, im

Angesicht der Niederlage, müssen wir uns nicht nur eingraben, sondern auch weiter vorwärtsbewegen. Wir müssen uns reformieren.

Ich bin überzeugt, dass wir das können. Ich weiß, dass wir es müssen. Eine reformierte Partei wird nicht nur effektiver sein, wir werden zeigen, wie wir miteinander umgehen, Entscheidungen treffen und Dinge umsetzen. Wir werden allen zeigen, dass unsere Kultur offen, respektvoll und einbindend ist.

Labour war immer ein Ort, an dem verschiedene Arten zu denken zusammengetroffen sind. Unsere gewerkschaftlichen, reform-sozialdemokratischen und radikal-sozialistischen Traditionen bilden immer noch das Herz unserer Bewegung und im Laufe der Jahrzehnte wurde Labour auch die Heimat für Feministinnen, UmweltschützerInnen, InternationalistInnen, die LGBTQ+-Bewegung und viele mehr.

Aber viel zu oft haben wir uns auf unsere Unterschiede konzentriert, als auf unsere gemeinsamen Prinzipien. Unsere Partei ist gespalten und Einigung braucht Versöhnung.

Der beste Startpunkt für diese Reise ist es wohl, unsere Gründungsprinzipien in Erinnerung zu rufen. Labour wurde als Partei der Gerechtigkeit gegründet. Wir stehen für den Anstand, mit dem wir andere behandeln und die Gerechtigkeit, mit der wir Vorteile und Lasten in der Gesellschaft verteilen. Der moralische Kern von Gerechtigkeit ist Gleichheit: Jeder Mensch ist gleich viel wert.

Wir müssen in unseren Strukturen und in unserem Handeln dem Prinzip Rechnung tragen, dass alle Mitglieder gleich viel wert sind. Ich möchte klar sagen: Versöhnung heißt nicht, sich vor wirklichen politischen Unterschieden wegzuducken. Versöhnung ist nicht die Unterwerfung unter den Stärksten oder den Lautesten. Man kann auch nicht Konformität gegenüber ideologischen Normen durchsetzen. Einheit kann nicht erzwungen werden, sondern kann nur freiwillig, mit offenen Herzen und Hirnen, erreicht werden. Zusammenarbeiten heißt nicht, die eigenen Meinungen aufzugeben; die Debatten darüber, wie wir unsere Werte in der Praxis umsetzen beleben uns. Unsere Partei muss funktionieren wie ein Freundeskreis, der rund um den Tisch sitzt und wo jeder darauf vertrauen kann, dass unsere Ideen geschätzt werden, während wir gemeinsam einen Weg voran suchen.

Einheit kann nur durch den Respekt gegenüber anderen und durch Anerkennung dafür, dass kein Einzelner, keine Gruppe oder Fraktion alle Weiheit für sich gepachtet hat, erreicht werden.

Labours Traditionen werden immer ein Teil von uns sein. Aber die Zukunft unserer Partei muss auf einer neuen, inklusiveren, demokratischeren Kultur der Würde und des Respekts errichtet werden.

Mit meinen Ideen möchte ich eine Debatte eröffnen, an der wir uns hoffentlich alle beteiligen können:

1. WIR BRAUCHEN REPRÄSENTATIVE KANDIDATINNEMLISTEN FÜR KÜNFTIGE WAHLEN

Labour, und als Teil davon die Gewerkschaften, muss an vorderster Front stehen, um Vielfalt zu feiern und Menschen in die Politik zu bringen, die sich bisher noch nicht vorstellen konnten, sich einzubringen. Unsere Mission sollte sein, dafür zu sorgen, dass unsere gewählten VertreterInnen das modern Großbritannien auch wirklich repräsentieren. Wir müssen hier ebenso Grenzen niederreißen, wie wir es in vielen anderen Bereichen tun mussten. Wir sollten eine Parteischule aufbauen, die nach den Standards der Weiterbildung akkreditiert werden soll, um politische Bildung, Kampagnentrainings, Führungsqualitäten etc. vermitteln soll und die nächste Generation von Lokal-, Regional- und Parlamentsabgeordneten aus der ArbeiterInnenklasse unterstützen soll. Wir müssen Online-Schulungsangebote und formalisierte Mentoring-

Angebote entwickeln, um die diejenigen, die sich sonst nicht einbringen würden, zu ermutigen, eine Aufgabe zu übernehmen. Wir sollten im Parlament dafür arbeiten, dass es gesetzlich möglich wird reine BAME¹-Listen für die Auswahl von Abgeordneten zu erstellen. Wir sollten Unterstützungsbörsen einrichten, um KandidatInnen mit unterrepräsentiertem Background mit Kinderbetreuung, Fahrten und Ausbildung zu helfen.

2. BESSERER ZUGANG FÜR MENSCHEN MIT BEHINDERUNG

Zuviele Menschen sind daran gehindert an Parteiaktivitäten in dem Ausmaß teilzunehmen, wie sie gerne würden. Es sollte für alle Menschen mit Behinderungen, die darauf Wert legen, die Möglichkeit von Zuschaltungen zu lokalen Parteisitzungen geben. Ich würde einen Inklusions-Bericht erstellen lassen, um zu erheben, wer in unseren Strukturen ausgeschlossen wird und was dagegen getan werden kann.

3. WERDEN WIR KAMPAGNEN-INNOVATOREN

Unser größten Kampagnen-Stärken sind unser Netzwerk aus engagierten MitarbeiterInnen, Mitgliedern und AktivistInnen. Aber in vielerlei anderer Hinsicht haben wir nicht die Kampagnen geführt, die es braucht um Wahlen zu gewinnen. Wir müssen die Führerschaft bei technologischer Innovation, Kampagnentechniken und Mitgliedermobilisierung. Wir müssen in Schaffung und Aufrechterhaltung einer führenden technologischen Kompetenz investieren damit wir bereit sind, den nächsten Wahlkampf zu führen und zu gewinnen. Unsere besondere Stärke ist die Masse unserer Mitglieder und wir müssen Wege entwickeln, um unsere AktivistInnen so einzusetzen, dass ihre Zeit gut und weise investiert ist, ihr Feedback Berücksichtigung findet und daraus Ableitungen getroffen werden und wir auch in ihre Fähigkeiten stärken. Unsere gesamte Kampagneninfrastruktur und unsere Techniken müssen geprüft und reformiert werden. Als Parteivorsitzender würde ich diesen Prozess beginnen.

¹ Black, Asian, minority ethnic

4. MACHEN WIR DIE KANDIDATINNEN-AUSWAHL DEMOKRATISCHER UND BEENDEN WIR DIE EINMISCHUNG DES PARTEIVORSTANDS

Lokale Parteimitglieder sollen ihre KandidatInnen für alle Wahlgänge selbst auswählen. Der Parteivorstand sollte Lokalparteien keine KandidatInnen aufoktroyieren. Darüber hinaus müssen wir unseren Auswahlprozess verbessern. Das derzeitige System ist zu undurchlässig und baut zu stark darauf auf, wen Leute kennen und zu wenig darauf, was sie können. Es ist zu kostspielig und zu langwierig, womit wir potenziell exzellente KandidatInnen ausschließen. Wir müssen sicherstellen, dass unser Auswahlprozess und die Bindung zwischen Abgeordneten und lokalen Parteiorganisationen die wechselseitige Interaktion stärkt und damit das gute Einvernehmen in unserer Partei stärkt.

5. EINE MITGLIEDER- UND GEWERKSCHAFTERINNEN-VERSAMMLUNG SOLL DIE ENTWICKLUNG VON POLITIKEN DEMOKRATISCHER MACHEN

Alle Parteimitglieder und alle Teile unserer Bewegung sollen ihren Input leisten können, um die Politik der Labour Party zu entwickeln. Wir müssen die Wahlkreisorganisationen, den Parteitag, LokalpolitikerInnen, die schottische und wallisische Labour Party und das Schattenkabinett zusammenbringen, um unsere langfristigen politischen Herausforderungen gemeinsam zu diskutieren.

6. STARTEN WIR EINE TRANSPARENZ-REVOLUTION!

Es darf keine Macht ohne Verantwortlichkeit geben und echte Verantwortlichkeit erfordert Transparenz. Information über alle Parteistrukturen und Entscheidungsgremien sollten auf unserer Website verfügbar sein, damit alle Mitglieder erfahren können, welche Entscheidungen getroffen werden, wo und von wem. Zuviele Entscheidungen werden hinter geschlossenen Türen getroffen und zu weit entfernt von den Mitgliedern. Die Mitgliedschaft in zentralen Ausschüssen sollte öffentlich sein. Es sollte direkte Kommunikationsmöglichkeiten zwischen Parteimitgliedern und ihren VertreterInnen im Parteivorstand.

7. SCHAFFEN WIR DAS NATIONALE SCHIEDS-GERICHT AB UND SCHAFFEN WIR EINE UNABHÄNGIGE SCHIEDSSTELLE

Wenn es Beschwerden gibt, müssen alle Beteiligten, einschließlich des Beschwerdeführers, Vertrauen in unser System haben. Das ist derzeit nicht gewährleistet und wir sollten es daher durch eine unabhängige Schiedsstelle mit ExpertInnen zu Rassismus, sexueller Belästigung und ungehörigem persönlichen Benehmen ersetzen. Alle Mitglieder und Gemeinschaften müssen Vertrauen in die Unabhängigkeit unserer Disziplinarmaßnahmen haben. Wir sollten automatische Ausschlüsse auf Äußerungen offenkundigen Rassismus, einschließlich Antisemitismus, ausweiten.

8. VERGESSEN WIR NIE, DASS WIR DIE PARTEI DER ARBEITERINNENBEWEGUNG SIND

Nie zuvor war die Beziehung zwischen Partei und Gewerkschaften wichtiger als in der Ära der Austerität. Wir müssen mit den Gewerkschaften Schulter an Schulter stehen. Als Teil davon sollten wir untersuchen und erforschen, wie wir mehr Parteimitglieder motivieren können, in ihren Gewerkschaften aktiv zu werden und umgekehrt, wie GewerkschafterInnen motivieren können, in der Partei tätig zu sein.

All diese Ideen stehen jetzt zur Debatte, genauso wie ich die Reform unserer Partei angehen würde. Wir verfügen über eine ganze Menge an kreativen, innovativen und wertebezogenen Ideen, auf denen wir aufbauen müssen. 

KEIR STARMER

ist seit 2015 Abgeordneter des Londoner Wahlkreises Holborn and St Pancras und kandidiert als Vorsitzender der Labour Party.

Starmers zehn Polit-Versprechen

Neben seinen Vorstellungen zur Parteireform hat Starmer zehn inhaltliche Versprechen an die Mitglieder abgegeben

1. ÖKONOMISCHE GERECHTIGKEIT

Erhöhen wir die Einkommenssteuer für die obersten 5% der Einkommen, nehmen wir die konservative Kürzung der Unternehmenssteuern zurück und gehen wir gegen Steuervermeidung, v.a. der großen Unternehmen vor. Wir werden keinen Schritt von unseren Kernprinzipien abgehen.

2. SOZIALE GERECHTIGKEIT

Schaffen wir die Deckelung der Sozialhilfe („Universal Credits“) ab und beenden wir das grausame Tory-Regime der Sanktionen. Entwickeln wir ein nationales Wohlergehens-Ziel, damit Gesundheit genauso wichtig wird wie das Bruttoinlandsprodukt; Investieren wir in Vorsorgemaßnahmen. Verteidigen wir umfassende soziale Dienste und unser Nationales Gesundheitssystem. Unterstützen wir die Abschaffung von Studiengebühren und investieren wir in lebenslanges Lernen.

3. KLIMA-GERECHTIGKEIT

Der Green New Deal muss im Zentrum von allem stehen, was wir tun. Es gibt kein wichtigeres Thema für unsere Zukunft als der Klimanotstand. Schaffen wir ein Gesetz für saubere Luft um Verschmutzung vor Ort zu bekämpfen. Fordern wir internationale Maßnahmen für Klimarechte.

4. SETZEN WIR UNS FÜR FRIEDEN UND MENSCHENRECHTE EIN

Beteiligen wir uns nie mehr an illegalen Kriegen. Schaffen wir ein Präventionsgesetz zu militärischen Interventionen und stellen wir die Menschenrechte ins Zentrum unserer Außenpolitik. Überprüfen wir alle Waffenverkäufe unseres Landes und werden wir zu einer Kraft des internationalen Friedens und der Menschenrechte.

5. ÖFFENTLICHES EIGENTUM

Öffentliche Dienste sollten in öffentlichen Händen sein und nicht Profite für private Eigentümer schaffen. Unterstützen wir öffentliches Eigentum bei Bahn, Post, Energie und Wasserversorgung, beenden wir die Ausgliederungen im Nationalen Gesundheitssystem im kommunalen Bereich und im Justizsektor.

6. VERTEIDIGEN WIR DIE RECHTE VON MIGRANTINNEN!

Volles Wahlrecht für EU-BürgerInnen! Verteidigen wir die Personen-Freizügigkeit nach dem Austritt aus der EU. Schaffen wir ein Zuwanderungssystem, das auf Würde und Mitgefühl basiert. Beenden wir unbegrenzte Schubhaft und schließen wir Asylzentren wie Yarl's Wood.

7. STÄRKEN WIR DIE RECHTE VON ARBEITNEHMERINNEN!

Arbeiten wir Schulter an Schulter mit den Gewerkschaften, um uns für die arbeitenden Menschen einzusetzen, lösen wir das Problem unsicherer Beschäftigung und niedriger Löhne. Nehmen wir die Anti-Gewerkschaftsgesetzgebung der Regierung Cameron zurück. Setzen wir uns gegen die Angriffe der Tories auf das Streikrecht und die Schwächung der Rechte am Arbeitsplatz ein.

8. FÜR EINE RADIKALE DEZENTRALISIERUNG VON MACHT, REICHTUM UND CHANCEN!

Holen wir Macht, Wohlstand und Chancen weg aus Whitehall. Schaffen wir ein föderales System der Dezentralisierung, einschließlich regionaler Investitionsbanken und regionaler Industriestrategien. Schaffen wir das House of Lords ab und ersetzen wir es durch eine gewählte Kammer der Regionen und Nationen.

9. GLEICHHEIT

Reißen wir alle Hindernisse nieder, die Chancen und Talent behindern. Wir sind die Partei des Equal Pay Act, eines Netzes von Frauen- und Familienzentren, der politischen Repräsentierung von Minderheiten und der Beseitigung diskriminierender Gesetze gegen Homosexuelle. Darauf müssen wir im nächsten Jahrzehnt aufbauen.

10. EFFEKTIVE OPPOSITION GEGEN DIE TORIES

Leisten wir effektive Oppositionsarbeit gegen die Tories im Parlament – gemeinsam mit unserer Massenmitgliedschaft und professioneller Wahlkampfleitung. Lassen wir dabei nie die Labour-WählerInnen außer Acht, die 2019 die Tories gewählt haben. Vereinigen wir unsere Partei, werben wir Pluralismus und verbessern wir unsere politische Kultur. Beseitigen wir die Plage des Antisemitismus. Halten wir unsere strukturelle Verbindung mit den Gewerkschaften aufrecht.



Into the Night
Die Avantgarde im Nachtcafé
Rudolf Schlichter Damenkneipe Womens Club 1925

Unser Weg zur Macht

REBECCA LONG-BAILEY gehört seit 2015 dem Schattenkabinett von Jeremy Corbyn an und gilt als Schlüsselfigur bei der Ausarbeitung von Labours Plan für eine „Grüne Industrielle Revolution“. Die nordenglische Abgeordnete wird von der Parteilinken, der Basisbewegung Momentum und der größten britischen Gewerkschaft, UNITE unterstützt und gilt neben Keir Starmer als aussichtsreichste Kandidatin, die Nachfolge von Jeremy Corbyn anzutreten. Die ZUKUNFT dokumentiert ihre offizielle Rede zum Start ihrer Kampagne Mitte Jänner in Manchester.

Gemeinsam sind wir die Labour Party, gemeinsam sind wir die größte Kraft für soziale Veränderung, die dieses Land je gesehen hat. Und gemeinsam werden wir zusammenkommen, werden uns neu gruppieren und wir werden gewinnen!

Es ist mehr als dreißig Jahre her, dass ich als kleines Mädchen hierher ins Museum für Wissenschaft und Industrie gekommen bin und ich kann mich erinnern wie ich durch das Museum gegangen bin und von den tausenden Menschenleben erfahren habe, die durch die großen infrastrukturellen Zivilbauprojekte des viktorianischen Zeitalters vor der Cholera gerettet wurden. Und während ich von Raum zu Raum ging, kam es mir vor als würde ich eine Zeitreise vorwärts machen. Von den Baumwollspinnen des 18. Jahrhunderts zu den viktorianischen Dampfmaschinen, zu den Anfängen des Fliegens, dem ersten Computer und zur Weltraumfahrt. Es war wie eine Geschichte des menschlichen Fortschritts. Und es ging immer nur in eine Richtung: Vorwärts, aufwärts. Und ich erinnere mich, wie stolz ich mich gefühlt habe, dass das alles hier passiert ist, in Manchester, in der Stadt, aus der ich komme. Ich erinnere mich, wie verblüfft ich war, wie weit wir es gebracht haben, in nur wenigen Generationen, und wie ich versucht habe, mir vorzustellen, wie die Zukunft aussieht, wenn wir uns in dieser Geschwindigkeit weiterentwickeln. Man hat den Fernseher aufgedreht und hat die beeindruckendsten Dinge gesehen, die die Zukunft bringt. Und man wollte nicht bis morgen warten, man wollte es heute haben. Und es war auch nicht nur die Technologie. Die Geschichte von Salford und Manchester, das war auch die Geschichte der Chartisten, der Gewerkschaften, von Pankhursts Frauenbewegung. Die Geschichte unserer Städte war die Geschichte von

Kämpfen, von Solidarität, von sozialem und wirtschaftlichem Fortschritt, von einem unaufhaltsamen Aufstieg nach oben.

Wenn ich an heute denke, dann ist diese Art von Optimismus rar geworden. Es ist ein alter Witz, dass Nostalgie auch nicht mehr das ist, was es einmal war. Bedauerlicherweise stimmt das auch für die Zukunft. Die Klima- und Umweltkrise, der Aufstieg der extremen Rechten zur Macht, der erbarungslose Druck der Austeritäts- und Kürzungspolitik auf unsere öffentlichen Dienste, auf das soziale Band, das uns zusammenhält, das sind zweifellos Kräfte, die unser Leben und unsere Gedanken verdunkeln.

Aber die Sache ist die: Wenn Du jemals den Fortschritt gesehen und an ihn geglaubt hast, kannst Du das nicht vergessen. Du hast vielleicht Angst, Du kannst das eine oder andere Mal besiegt werden, aber Du wirst immer erwarten, am Ende zu gewinnen. Millionen Menschen haben gelitten und haben an Lebensqualität eingebüßt unter einem Jahrzehnt der Austerität, unter der De-Industrialisierung. Aber das hat nichts an unserer tiefen Überzeugung geändert, dass das Leben unserer Kinder besser sein soll als unser eigenes. Ja, unsere Hauptgeschäftsstraßen und Ortskerne kämpfen ums Überleben, und trotzdem denken wir voller Stolz an sie und ich verstehe diesen Stolz, den viele Millionen spüren, wenn sie an das denken, was sie Zuhause nennen. Egal ob das jetzt durch die Manchester-Biene oder den wallisischen Drachen symbolisiert wird.

Wir verlangen eine Zukunft für dieses Zuhause, das der großen Vergangenheit gerecht wird. Und ich kämpfe für diese Zukunft, ich kämpfe für einen Green New Deal, der eine

neue Ära der Prosperität, der Sicherheit und des Wohlstands einläutet. Ich kämpfe für die Investitionen in die emissionsarmen Industrien von heute und morgen, um einen bewohnbaren Planeten für zukünftige Generationen zu sichern und um Wohlstand und Aufschwung in alle Regionen des Vereinigten Königreichs zu bringen.

Ich werde für erstklassige öffentliche Dienstleistungen kämpfen. Sie sichern unsere Grundbedürfnisse und befreien uns als Individuen, als Familien, als Gemeinschaften, um uns zu ermöglichen, das Leben zu führen, das wir führen wollen. Ich kämpfe für die Renaturierung unserer Landschaften, um unsere Naturschätze zu vervielfachen und um sie allen Menschen zugänglich zu machen.

Und ich kämpfe für eine demokratische Wirtschaft. Für modernes, demokratisches öffentliches Eigentum, damit wir alle an dem Wohlstand teilhaben, den menschliche Genialität und harte Arbeit geschaffen haben und täglich schaffen. Für all das werde ich kämpfen und für all das kandidiere ich als Vorsitzende der Labour Party und als nächste Premierministerin des Vereinigten Königreichs.

Das ist ein weiter Weg von dort, wo ich herkomme, um ehrlich zu sein. Wenn mir jemand vor dreißig Jahren gesagt hätte, dass ich 2020 wieder hier auf einem Podium stehen werde, um Euch zu erzählen, dass ich Parteivorsitzende und Premierministerin werden will, dann hätte ich den wohl für jemanden gehalten, der da draußen irgendwas Seltsames geraucht hat.

Ich bin in einer Arbeiter-Familie aufgewachsen, in Old Trafford, drei Kilometer von hier. Über Politik habe ich auf den Stufen unseres Zuhauses sitzend gelernt, als ich meinem Vater zugehört habe, wie der über Lohnkonflikte erzählt hat, über Gewerkschaften, über Entlassungen. Ich habe Politik gelernt, als ich in einem Pfandleihhaus gearbeitet habe, nach achtzehn Jahren konservativer Regierung und ich konnte sehen, was es heißt, wenn der Regierung ihre Hände in Unschuld wäscht und ihr die Menschen egal sind, wenn sie davon spricht, dass wir nicht „über unseren Verhältnissen leben dürfen“, und statt zu investieren die Last der Schulden auf den Rücken der Ärmsten ablädt. Und ich habe über Politik gelernt im Mai 1997, als ich einfach nur die Straße hinuntergegangen bin und Menschen mit einem Lächeln in ihrem Gesicht gesehen habe, mit neuer Hoffnung für ihre Zukunft.

Auf der Universität war Politik studieren nicht so eine Art Handbuch, wie man die Macht erobert und die Welt verändert. In meinem Studium war Politik etwas Fernes, etwas das immer schon da war, etwas, das nichts mit Veränderung zu tun hat und das auch nichts mit dem eigenen Leben zu tun hat. Und ich hätte auch nie damit gerechnet hier zu landen. Denn dort, wo ich herkomme, schien Westminster Lichtjahre entfernt zu sein. Die Geschichte der letzten Jahre ist, dass viele Menschen instinktiv fühlen, dass etwas falsch läuft, dass die Gesetze hunderte Kilometer entfernt, von unbekanntem und unverantwortlichen Bürokraten in Brüssel gemacht werden. Aber wenn man ehrlich ist: Westminster hat sich nicht viel näher angefühlt. Und so ist es auch heute.

Und deshalb möchte ich das ganze System aufrütteln und den Wähler_innen eine klare Botschaft geben: Wir werden die Macht dorthin zurückgeben, wo sie hingehört – in Eure Hände! Deshalb möchte ich als ersten Schritt das House of Lords abschaffen, die einzige nicht-gewählte zweite Parlamentskammer in ganz Europa. Ich möchte sie durch eine gewählte zweite Kammer, einen Senat, ersetzen, der den Sitz außerhalb Londons haben wird. Wir werden den Charakter der Politik als „Gentlemen's Club“, in dem die hohen Herren unter sich sind, beenden. Wir werden die Macht in diesem Land dezentralisieren und aus Westminster auf regionale und lokale Ebenen verlagern.

Ein gewählter Senat wird eine neue, demokratische Legitimation haben und wird entsprechende Befugnisse haben, auch die Regierung zur Verantwortung zu ziehen für die Wirkung neuer Gesetze auf unseren Wohlstand, unser Wohlbefinden und unsere Umwelt. Wir in Salford haben ein Motto: „Das Wohlergehen des Volkes ist das höchste Gesetz“. Und ich möchte, dass unter Labour die oberste Aufgabe der Regierung ist, die Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern. Und natürlich sollten wir den Senat repräsentativer machen, mit einem proportionalen Wahlsystem.

Aber es ist nicht genug, Demokratie in der Politik zu haben. Wir brauchen Demokratie auch in unserer Wirtschaft. Wenn ich wieder auf mein eigenes Leben blicke, dann habe ich hart gearbeitet, habe neben der Arbeit studiert, um Anwältin werden zu können. Als Frau aus einer Arbeiterfamilie hatte ich oft das Gefühl, doppelt so hart arbeiten zu müssen wie meine Studienkolleg_innen, um ernst genommen zu werden. Und um ehrlich zu sein, ist das bis heute so. Und ja, ich hatte Glück und es geht mir heute gut. Aber bei vie-

len Menschen aus meinem Umfeld ist das nicht so. Sie arbeiteten nicht weniger hart, sie waren nicht weniger fähig. Natürlich sind wir alle versucht, auf unser Leben zu blicken und unsere Erfolge den besonderen persönlichen Fähigkeiten zuzuschreiben und natürlich hat das bis zu einem gewissen Grad Berechtigung. Aber wenn wir ehrlich sind, in unserer Wirtschaft hängt vieles von Glück ab. Vom Glück, in welche Familie man geboren ist, woher man kommt, ob man es gut erwischt. Das ist eine furchtbare Verschwendung. Für jeden, der Glück hat, gibt es eine Handvoll, deren Talent ungenutzt bleibt, deren harte Arbeit unbelohnt bleibt. Überlegt einmal, was wir sein könnten, wie wir leben könnten, wenn wir all unsere Kräfte und all unsere Fähigkeiten mobilisieren würden!

Meine Vorstellung von Sozialismus ist eine Gesellschaft, in der wir alle gemeinsam wachsen. Meine Vorstellung von Sozialismus ist ein Großbritannien, indem wir frei sind zu träumen, aufzusteigen und Erfolg zu haben. Ich spreche nicht von „sozialer Mobilität“ für ein paar glückliche Gewinner. Ich spreche von einer Gesellschaft, in der strukturelle Ungleichheit und finanzielle Unsicherheit überwunden sind! Und das bedeutet auch Formen des öffentlichen Eigentums auszubauen und die gewerkschaftlichen Rechte bei Kollektivverhandlungen zu stärken. Es bedeutet, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zu bekämpfen. Es bedeutet LGBTQ+ gleichzustellen und Geschlechtergerechtigkeit herzustellen. Und es bedeutet, unsere Wirtschaft neu zu strukturieren, damit unsere Städte und Gemeinden wieder lebendig werden, mit neuem Stolz, einem Stolz, der in Solidarität, in Inklusion und Internationalismus verwurzelt ist.

Nichts davon wird ohne Labour-Regierung passieren. Und ich weiß, viele von uns schmerzt immer noch unsere furchtbare Niederlage vor Weihnachten. Die Wahrheit ist, dass viele WählerInnen uns nicht vertraut haben, ob es nun um den Brexit ging, oder um Antisemitismus, sie haben nicht an uns geglaubt. Und wir haben viel zu tun, dieses Vertrauen wiederherzustellen. Denn die besten politischen Programme nützen nichts, denn die Menschen Dir nicht vertrauen.

Um zu gewinnen, braucht die Labour Party einen neuen Professionalismus. Labour braucht eine starke Präsenz als nützliche Kraft für das Gute in den Gemeinden, die wir wieder gewinnen wollen. Nicht in fünf Jahren, sondern heute und morgen. Wir müssen bereit sein, die Regierung zu übernehmen. Wir können aber nicht gewinnen, indem wir die Forderungen wegwerfen, die der Grund sind, warum wir die

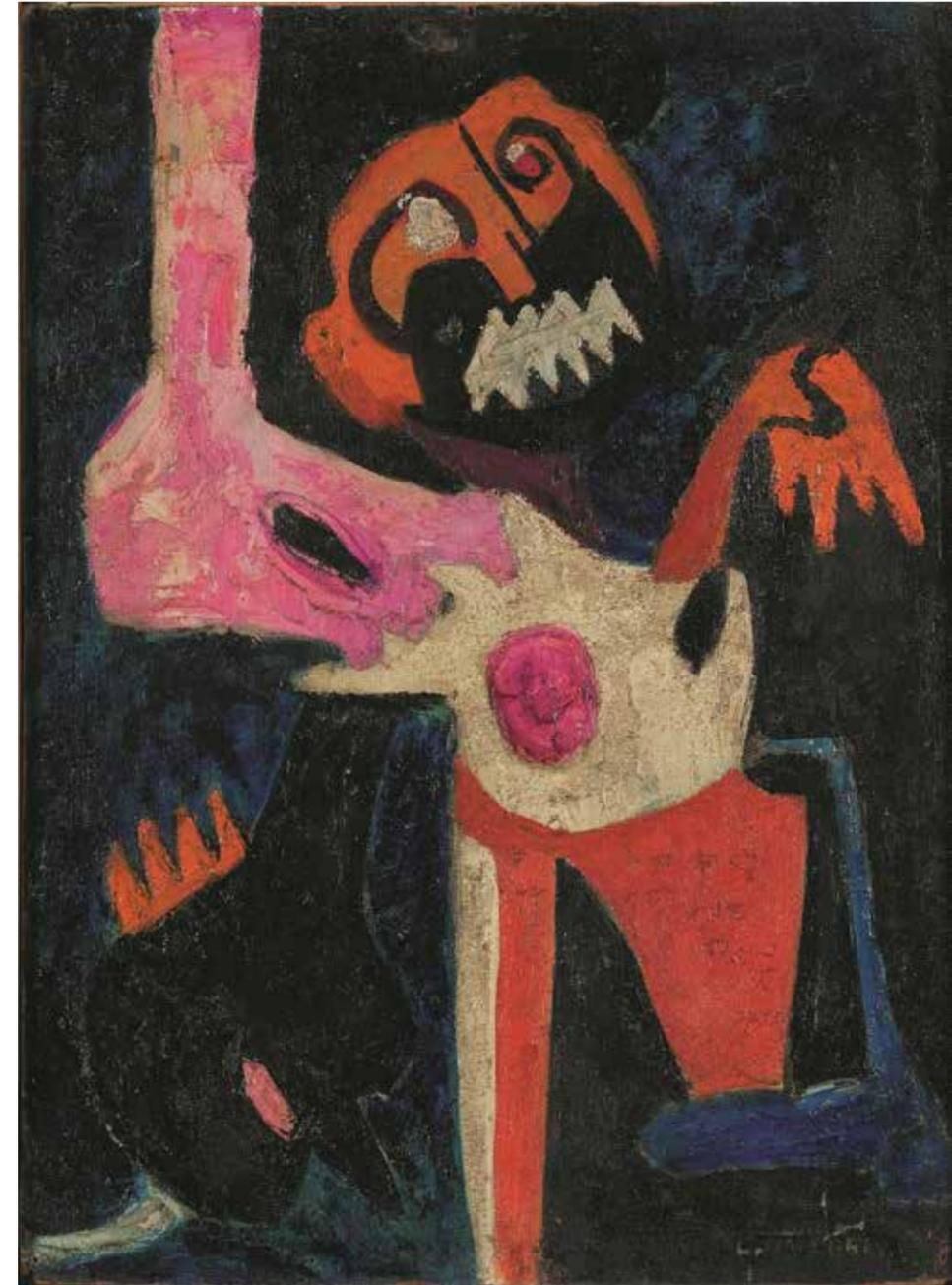
Macht anstreben. Der Kampf für einen bewohnbaren Planeten, für die Rechte von Arbeiter_innen, der Kampf für demokratisches Eigentum – diese Kämpfe sind untrennbar verbunden. Wir können nicht den einen zugunsten des anderen opfern und erwarten, dass wir dann gewinnen. Wir müssen zusammenkommen, wir müssen uns neu gruppieren und wenn wir gewinnen, dann gewinnen wir für uns alle. Das ist die Labour Party, an die ich glaube – und das ist unser Weg zur Macht! 

REBECCA LONG-BAILEY

ist Schatten-Wirtschaftsministerin und kandidiert als Vorsitzende der Labour Party.

INTO THE NIGHT DIE AVANTGARDE IM NACHTCAFÉ

BELVEDERE



Into the Night
Die Avantgarde im Nachtcafé
Rudolf Schlichter Damenkneipe Womens Club 1925

Trefft eine tapferere Entscheidung!

Die nordenglische Abgeordnete **LISA NANDY** galt unter Ed Miliband als Vertreterin der gemäßigten Linken. 2016 leitete sie jedoch nach dem gescheiterten Versuch der Parlamentsfraktion, Corbyn zum Rücktritt zu zwingen, die Kampagne seines Gegenkandidaten Owen Smith. In der Brexit-Frage zählte sie zum Lager der Corbyn-kritischen Labour-Brexiters, von denen sie auch bei ihrer Kandidatur Unterstützung erfuhr, ebenso wie von der als links geltenden Gewerkschaft GMB. Die ZUKUNFT dokumentiert ihre offizielle Rede zum Start ihrer Kampagne Mitte Jänner in Dagenham.

Es freut mich sehr, heute wieder in Dagenham zu sein. Dieser Ort bedeutet mir sehr viel, und das aus mehreren Gründen. Es ist der Ort der Ford-AutobauerInnen und ihres beispielhaften Kampfes für gleichen Lohn. Ein Kampf, der gezeigt hat, was starke weibliche Anführerinnen wie Rose Boland und Vera Sime erreichen können, wenn sie es ablehnen, den Status quo zu akzeptieren.

Es ist ein Ort, wo AktivistInnen quer durch Dagenham und Rainham die Stärke und die moralische Kraft unserer Bewegung genutzt haben, um die extreme Rechte, die versucht hat, die Unsicherheit einer Gemeinde im wirtschaftlichen Abstieg auszunutzen, um den Hass mit der Botschaft der Hoffnung zu besiegen, immer und immer wieder.

Und deshalb ist es großartig, hier in diesem Ort zu sein, einem Ort, der so reich an Vergangenheit und so radikal bezüglich seiner Zukunft ist, und Euch hier um den Auftrag zu bitten, unsere Partei zurück an die Macht führen zu dürfen und die nächste Premierministerin zu werden.

Barbara Castle hat einmal gesagt, in der Politik gehe es nur darum, Mut zu haben. Und in diesem Geiste möchte ich darüber sprechen, welche Art von Führung es jetzt braucht. Die Empathie, die Ausdauer, den moralischen Mut, der in den letzten 100 Jahren große, langanhaltende Veränderung in diesem Land geschaffen hat.

Die letzten paar Jahre waren hart und haben eine schwere Niederlage gebracht. Aber jetzt ist nicht der Moment, das Schiff wieder zu stabilisieren oder auf Sicherheit zu spielen. Wenn wir als Bewegung nicht den Kurs ändern, werden wir ausgelöscht und wir werden es verdient haben. In diesem Moment müssen wir aufs Ganze gehen. Und deshalb bitte ich Euch, in dieser Vorsitzwahl die tapferere, und nicht die einfache Entscheidung zu treffen.

Unsere Bewegung hat immer nach Norden, nach Süden, nach Osten und Westen geblickt. Aber in der schwierigen Situation, in der unsere Nation heute steht, ist Labour auf dem Rückzug. Geschlagen und gespalten in Schottland. Zurückgedrängt im Norden Wales und in großen Teilen der nördlichen und südlichen Kleinstädte der Midlands. Und im Kampf unseres Lebens in vielen großen Städten.

Die bittere Realität ist, dass unser Weg zurück zur Macht nicht über eine "rote Mauer", sondern über eine rote Brücke führt, die unsere großen Städte und kleinen Gemeinden verbindet, die von Dagenham nach Fulham, von Aberdeen nach Glasgow, von Cardiff nach Wrexham führt.

Manche scheinen zu glauben, dass wir nicht mehr für alle diese vielfältigen Gemeinschaften in Großbritannien stehen können. Sie haben die Idee akzeptiert, die von denjenigen

verbreitet wird, die uns besiegen wollen, dass wir in einem Konflikt gefangen sind und uns entscheiden müssen: Zwischen ArbeiterInnenklasse und Mittelklasse; zwischen Leave und Remain; zwischen Nord und Süd; Alt und Jung; zwischen großen Städten und kleinen Gemeinden.

Ich glaube das nicht. Trotz allem Radikalismus und aller Energie der letzten Jahre haben sie unrecht damit, dass es ein Nullsummenspiel sei. Ich gebe nicht auf. Unser Weg ist schwieriger, aber auch besser als jener der Tories. Nicht nur auszuprobieren und durchzuspielen, wie weit man es treiben kann, um Putney zu gewinnen, ohne Mansfield zu verlieren. Sondern sich für beide einzusetzen und die Debatte zu gewinnen.

Beim Brexit, einer der größten Herausforderungen für Labours vielfältige Koalition jemals, haben wir dabei versagt, jenes Leadership zu zeigen, das dieses Land braucht. Während ein Teil unserer Führung für Remain auf- und abgehüpft ist, haben andere für Leave Partei ergriffen.

Wir haben es zugelassen, dass uns die Tories von den Menschen getrennt haben. Und wir haben unsere AktivistInnen und LokalpolitikerInnen, sowohl in Leave-, als auch in Remain-Gegenden, in eine unmögliche Situation gebracht: Ich verspreche, dass man unter meiner Führung niemals wieder vor die Wahl gestellt wird, sich entscheiden zu müssen, ob man für Labour oder für den eigenen Wahlkreis, für die eigene lokale Gemeinschaft Partei ergreift.

Ich komme aus einer Familie mit einer breiten politischen Tradition, die vom Liberalismus bis zum Marxismus reicht und gerade deshalb verstehen ich, dass man das stärkste, nicht das schwächste Argument des Gegenübers anspielen muss, wenn man gewinnen will. Du musst Dir Ärger einhandeln. Der Weg des geringsten Widerstandes hat niemals zum Fortschritt geführt.

In Schottland, wo wir von den Nationalisten wieder und immer wieder geschlagen worden sind, müssen wir akzeptieren, dass wir nicht alle Antworten haben. Jetzt ist nicht der Moment gekommen, wo wir miteinander über unsere Ressourcen und Strategien diskutieren müssen.

Jetzt ist der Moment gekommen, wo wir nach außen blicken müssen, wo wir mit breiten Pinselstrichen arbeiten und eine internationale Kommission beauftragen sollten, von

und für das schottische Volk geführt, um aus einigen Beispielen der modernen Geschichte zu lernen, wie die Sache der sozialen Gerechtigkeit den spalterischen Nationalismus besiegt hat.

Denn ich bin überzeugt, dass wir als Nation mehr gemeinsam haben, als uns trennt. Das ist das Land, das unter der Oberfläche zu finden ist und es muss gehört werden. Wir haben das in kritischen Phasen unserer Geschichte schon öfters geschafft.

"Hart gegen Kriminalität, hart gegen die Ursachen der Kriminalität" war ein Slogan. Aber dahinter stand sehr viel mehr. Es hat anerkannt, dass Menschen, die Opfer von Verbrechen wurden und mehr Polizei auf der Straße haben wollten, damit die Leute, die ihr Leben ruiniert haben ferngehalten werden, im Recht waren.

Und dass Menschen, die es ungerecht fanden, dass Kinder aus ärmeren Familien oder aus Familien ethnischer Minderheiten mit höherer Wahrscheinlichkeit ins Gefängnis kamen, auch im Recht waren. Und dass nur beides zusammen, mehr Polizei und mehr Wiedergutmachung im Strafrecht den Teufelskreis durchbrechen konnte und beiden Seiten entgegenkommen kann. Das war damals so richtig, wie es das auch heute ist.

Gewaltverbrechen mit Messern in Croydon und Drogenhandel in Barrow ist die gleiche Krankheit mit unterschiedlichen Symptomen. Junge Menschen, die wenig Hoffnung und wenig zu verlieren haben.

Nehmen wir den Klimawandel. Ohne Frage eine der größten Herausforderungen, vor der wir stehen. Aber wenn Menschen in Balham über eine Grüne Revolution sprechen, hören Menschen in Bassetlaw, deren Kraftwerke geschlossen werden, dass ihre Jobs verloren gehen und ihre Stromrechnungen steigen.

Aber wovon diese AktivistInnen in Balham sprechen, wenn sie eine grüne Revolution fordern, kann Arbeitsplätze bringen und Rechnungen billiger machen. Und es bedeutet einen Ausbau des öffentlichen Verkehrs, dringend notwendig, um die Verkehrsemissionen zu senken. Wir brauchen neuen, saubereren, verlässlicheren Verkehr. Das sind die Busse, die Bassetlaw so dringend braucht.

Wir sprechen vielleicht eine andere Sprache, aber unsere Anliegen sind die gleichen. Und Labour baut bereits an der "Roten Brücke". Auch hier in Dagenham, wo der Gemeinderat saubere Energie für neue Investitionen genützt hat, um CO₂-Emissionen zu senken und Familien zu unterstützen. Das ist kein Nullsummenspiel mehr.

Oder bei mir daheim in Wigan: Als die Jugendarbeit quer durchs Land kollabierte, stellte unsere Labour-Lokalverwaltung Millionen auf, damit im Zentrum unserer Stadt nicht nur eine einfache Jugendeinrichtung steht, sondern ein Symbol für junge Menschen, wieviel sie Labour wert sind. Wir glauben an sie und deshalb glauben sie auch an uns.

Wir sind vielleicht nicht an der Macht, aber wir sollten nie glauben, dass wir machtlos sind. Schauen wir nur auf die Kampagnen, die Gewerkschaften wie UNITE und GMB erfolgreich führen, um Bezahlung und Arbeitsbedingungen für Millionen Menschen zu verbessern. Wir haben Ambitionen für die Zukunft, die denen unserer lokalen Gemeinschaften entsprechen. Fünfzehn Jahre haben wir gedacht, wir könnten einfach den Mann an der Spitze austauschen und das werde schon alle Probleme lösen.

Aber die Führung, die wir jetzt brauchen, ist nicht die Art von Führung, die im Unterhaus am Rednerpult steht. Es ist die Art von Führung dieser Frauen aus Dagenham, die aufstanden und sagten, dass sie es nicht länger akzeptieren werden, schlechter bezahlt zu werden als die anderen und die eine Bewegung aufgebaut haben, um das zu ändern. Und die einer Kabinettsministerin, die ihnen zugehört und ihnen die Türe geöffnet hat.

Kennedy hat gesagt "Wir haben uns nicht dazu entschieden, in diesem Jahrzehnt zum Mond zu fliegen, weil es einfach ist, sondern weil es schwer ist." Das ist es, was ich gelernt habe – aus meinem Kampf gegen die letzte Labour-Regierung, um minderjährige Flüchtlinge aus dem Asylager Yarl's Wood zu bekommen, oder um obdachlose Jugendliche von den Straßen von Soho zu kriegen. Aus meinen einsamen Auseinandersetzungen mit Privatschulen, die Kindern mit besonderen Bedürfnissen eine anständige Ausbildung verweigert haben. Als Vizevorsitzende der Labour-Freundschaftsgesellschaft für Palästina, im Einsatz für palästinensische Kinder und gegen Antisemitismus, für das Recht Palästinas auf Anerkennung und Israels Recht zu existieren.

Oder in der jüngsten Vergangenheit, als ich für einen Brexit-Kompromiss eingestanden bin, der mich gegen die Parteispitze und meine WählerInnen gestellt und mich gezwungen hat, mit beiden die Debatte zu suchen und sie zu gewinnen.

Ich habe gelernt, dass der Fortschritt nicht unaufhaltsam ist. Wenn Du ein besseres Land willst, musst Du dafür kämpfen. Das Pendel der Geschichte schlägt nicht immer nach links aus. Aber das sind die Kämpfe, die Labour führen muss. Und die Labour gewinnen kann. Wenn wir bereits sind, da draußen die Debatte zu führen und aus einem Ort der Wut einen Ort der Hoffnung zu machen, werden wir immer gewinnen.

Vom Race Relations Act, der für mich sehr persönlich und Teil meiner Familiengeschichte ist, bis zu den Crosland-Reformen, die sichergestellt haben, dass Kinder in diesem Land mit Kindern mit einem anderen Background aufwachsen können – wir haben diesem Land nie das Beste gegeben, indem wir das sichere Spiel gespielt haben. Es gibt Momente in unserer Geschichte, in denen man Klartext sprechen muss. Jetzt ist so ein Moment.

Vor zehn Jahren, es fühlt sich an wie ein halbes Leben, hat mich Schattenministerin Tessa Jowell, die von einem ganz anderen Flügel der Partei und aus einem anderen Teil des Lands stammte, geholt, um sie dabei zu unterstützen, die Olympischen Spiele 2012 zu betreuen. Es war eine der reichsten Perioden meines Lebens. Danny Boyle organisierte die Proben für die Eröffnungszeremonie gleich hier in der Nähe, am Parkplatz der alten Ford-Werke. Es sollte der Moment werden, wo die echte, radikale, patriotische Geschichte Großbritanniens in all ihrer Komplexität Millionen Menschen weltweit erzählt werden sollte.

Tausende Freiwillige machten mit in hunderten Stunden von Proben und nichts davon drang nach außen. Ein Freiwilliger hat mir erzählt, Boyle hätte ihnen gesagt, sie könnten filmen, fotografieren und smsen, was sie wollten. Er würde sie aber bitten, es nicht zu tun. Es war ein einmaliges Vertrauensverhältnis. Er glaubte an sie, und sie glaubten an ihn. So geht es auch mir.

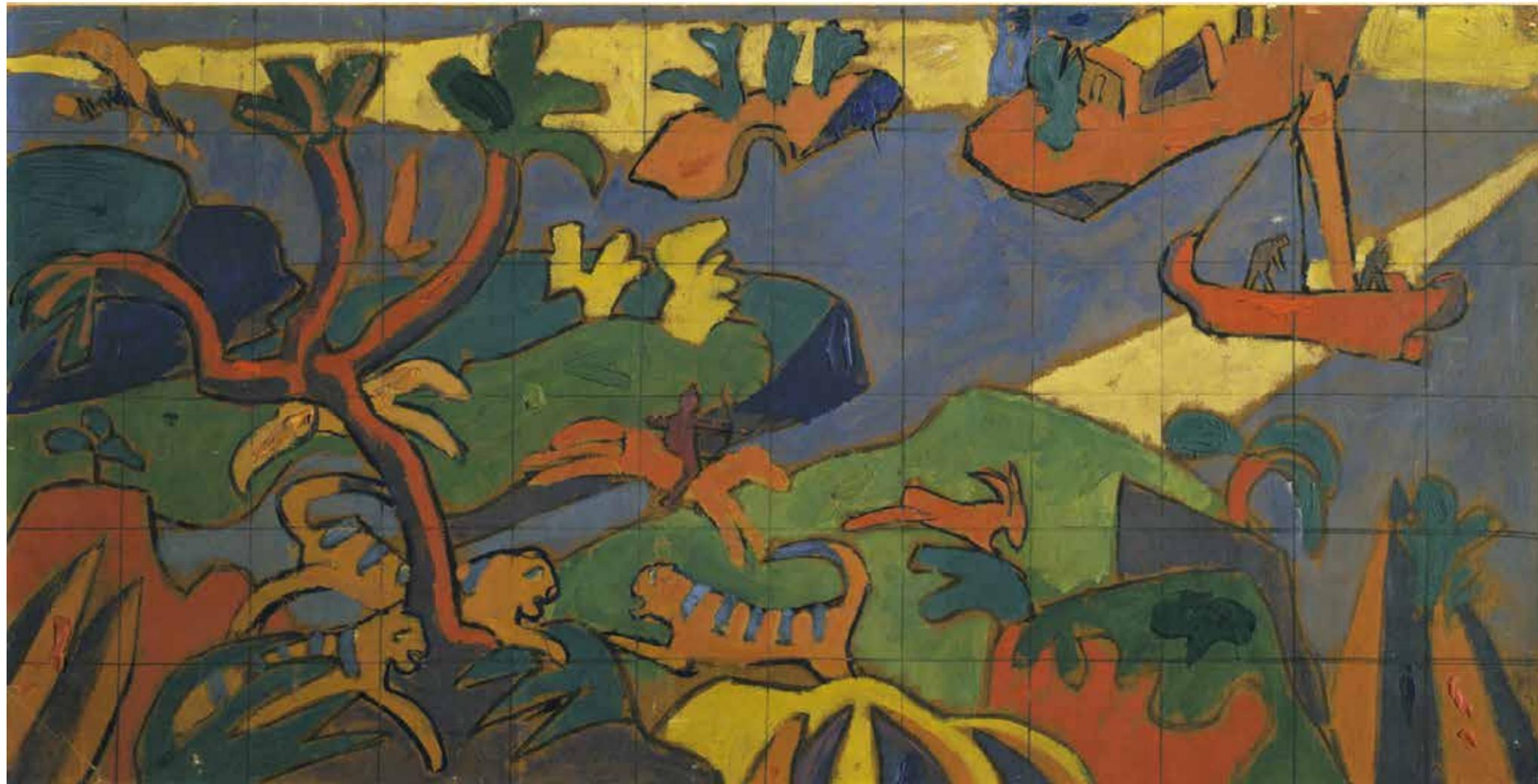
Deshalb will ich diese Partei führen, deshalb möchte ich die nächste Premierministerin werden, damit wir das Land werden können, an das ich mein ganzes Leben geglaubt

habe, das ich aber noch nie gesehen haben. Ich kann es so sehr sehen und fühlen, dass ich es beinahe greifen kann.

Der australische Premierminister Ben Chifley hat einmal gesagt, dass Labour für Menschen im Dunklen das Licht in der Ferne ist. Das ist Labour für mich, unsere Partei, unser Land. Mit Eurer Hilfe kann ich das schaffen. Unser Land kann das schaffen. Gemeinsam gewinnen wir! 🍷

LISA NANDY

ist seit 2010 Abgeordnete des nordenglischen Wahlkreises Wigan und bekleidete verschiedene Posten in der Schattenregierung von Ed Miliband. 2016 leitete sie nach dem gescheiterten Versuch der Parlamentsfraktion, Jeremy Corbyn zum Rücktritt zu zwingen, die Kampagne von Corybns Gegenkandidaten Owen Smith. Sie kandidiert als Vorsitzende der Labour Party.



Into the Night
Die Avantgarde im Nachtcafé
Spencer Gore, Study for a mural decoration for the Cave of the Golden Calf, 1912, Tate Purchased 1961, © Tate, London 2019

Grüne Kreide für den türkisen Wolf

Ludwig Dvořák analysiert im vorliegenden Beitrag die türkis-grüne Koalitionsregierung. Das Schlucken grüner Kreide hat für ihn nichts an Sebastian Kurz eigentlichem politischen Projekt geändert: Die Sozialdemokratie und die Organisationen der ArbeitnehmerInnen in Österreich als politischen Machtfaktor zu zerschlagen. Zwar sei die zur Selbstrechtfertigung behauptete „grüne Handschrift“ im Regierungsprogramm tatsächlich kaum zu finden, moralische Empörung darüber sei aber politisch wenig hilfreich und ersetze nicht einen strategisch und inhaltlich offensiven eigenständigen Politik-Ansatz der SPÖ. Gerade vor dem Hintergrund der Wien-Wahl im Herbst müsse die Sozialdemokratie sich aufstellen, um das zu erwartende Intrigenspiel der ÖVP zum Sturz des „Roten Wien“ aus eigener Kraft abwehren zu können.

Das Beste aus beiden Welten“ hat der frühere und neue Bundeskanzler bei der Präsentation seiner neuen Regierung versprochen. Für Sebastian Kurz besteht das wohl in der Möglichkeit, seine bisherige Regierungspolitik ohne größere Abstriche fortsetzen zu können, und sich gleichzeitig „im Ausland zu rehabilitieren“. So schafft er mit dieser Regierungsbildung für sich selbst tatsächlich das Beste aus beiden Welten: Im Inland seinen Regierungskurs fortzuführen, im Ausland sich nicht mehr dafür rechtfertigen müssen, mit einer rechtsextremen Partei zu koalieren.

JENSEITS VON SCHWARZ-BLAU

Die „New York Times“ attestierte Kurz wenig schmeichelhaft, die neue Koalition stelle seine Fähigkeiten als „politisches Chamäleon“ unter Beweis. Das ist natürlich in gewisser Hinsicht richtig. Jahrelang mussten sich die Grünen verhöhnern, in Wien auch von der ÖVP als Chaostruppe und ruchlose Autofahrer-Sadisten darstellen lassen. Nun plötzlich sind sie ein respektierter Koalitionspartner, mit dem man sich auf eine Koalition geeinigt hat, mit der man, wenn es nach Vizekanzler Werner Kogler geht, „Pionier für Europa“ werden will.

Andererseits ist die Koalitionsbildung gar nicht so abwegig, wie sie von vielen politischen BeobachterInnen empfunden wird. Ja, natürlich, Kurz Optionen waren zuletzt überschaubar. Die FPÖ hat ihren Vatermord an Heinz-Christian Strache noch immer nicht so richtig über die Bühne gebracht. Wer dort in absehbarer Zeit das Sagen hat, ist derzeit schwer auszumachen. Und wenn es nicht gelingt, die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft und den Ibiza-Untersuchungsausschuss komplett zum Erliegen zu bringen, dann bietet es sich natürlich an, lieber die FPÖ für die fragwürdigen Machenschaften der letzten zwei Jahre über die Klippe springen zu lassen, als selbst zum Sprung anzutreten.

Die SPÖ als Option? Darauf scheinen manche in der Sozialdemokratie tatsächlich noch gehofft zu haben. Doch das zeugt vom Unverständnis, worin Kurz politische Mission tatsächlich besteht: Er macht Politik für die, die ihm die materielle Basis seiner Machtausübung verschaffen. Kurz und seine PR-Maschinerie sind ein Investment, und sie sind ein lohnendes Investment. Das einzige, was Kurz nicht brauchen kann, sind politische und gesellschaftliche Kräfte, die ihm dabei dazwischenfunken, das umzusetzen, was er seinen Investoren politisch schuldig ist. Eine Zusammenarbeit mit der SPÖ ist deshalb für ihn eine geradezu abwegige Idee. Nicht, weil er die Sozialdemokratie fürchten würde. Sondern weil ihm klar ist, dass die sich von bestimmten Verpflichtungen gegenüber den Organisationen der ArbeitnehmerInnen, Gewerkschaften, Arbeiterkammern und Betriebsräten nicht lö-

sen kann, selbst wenn die eine oder andere, tatsächliche oder potenzielle Führungsfigur sich noch so flexibel oder unternehmerfreundlich gibt. Eine Koalition mit der SPÖ ist daher trotz aller Nadelstiche, die er der SPÖ zufügen könnte – so wie es die ÖVP seit 2007 laufend getan hat – letztlich ein Stillhalteabkommen im „Klassenkampf von oben“. Genau das meint Kurz aber, wenn er davon sprach, den „Stillstand“ der Großen Koalition beenden zu wollen. Die Party für seine Gönner muss in Fahrt kommen. Eine Zusammenarbeit mit der SPÖ war, ist und bleibt für die Kurz-ÖVP der wirklich allerletzte Ausweg, und wenn sie noch so billig zu haben wäre.

Die Grünen sind demgegenüber ein durchaus kalkulierbarer Faktor, sofern sie sich als budgetpolitisch als „verlässlich“ zeigt, bei den rechtspopulistischen Ausritten von Sebastian Kurz nicht ernsthaft dazwischenfunkt und die klimapolitischen Zielsetzungen für die Unterstützer von Kurz ohne negativen folgen bleibt. All das scheint gewährleistet.

DIE FPÖ BLEIBT POLITISCH IN DER REGIERUNG

Kurz größtes Risiko in der Koalition mit den Grünen ist, wie könnte es bei ihm anders sein, eines der Außenwirkung: Zuletzt von der FPÖ zur ÖVP gewanderte WählerInnen könnten die jahrelange rechte Dämonisierung der Grünen als „linksgrün versifft“ allzu wörtlich genommen haben und jetzt durch die Regierungsbildung verwirrt sein. Daher sind die Ausritte der ÖVP in Sachen Asyl und Migration auch kein Zufall oder Unbesonnenheit gegenüber dem neuen Partner. Sie sind Kurz Versicherung an seine WählerInnen-Koalition: No change! Deshalb hat es auch das Lieblingsprojekt Herbert Kickls aus der letzten Regierungsperiode in dieses Regierungsprogramm geschafft: Der schönfärbisch „Sicherungshaft“ genannte Haftgrund, irgendwie verdächtig zu sein. In der letzten Periode hatte man dem auf einem ÖVP-Ticket sitzenden Ex-FPÖler und Justizminister Moser noch sein Unwohlsein bei solchen Plänen angemerkt. Die Strategen rund um Kurz sind von derartigen rechtsstaatlichen Zweifeln offenkundig nicht angekränkt. Sie brauchen die Willkürhaft als Beruhigungspille, so wie sie weiterhin nach rechtspopulistischer Manier den UNO-Migrationspakt bekämpfen, die Seenotrettung von Menschenleben im Mittelmeer torpedieren und an ihrer Verbundenheit Viktor Orbán festhalten. Die im Koalitionsvertrag festgehaltene Möglichkeit, ohne Koalitionsbruch auch mit der FPÖ im Asyl- und Migrationsbereich Gesetze beschließen zu dürfen rundet dieses Paket der Rückversicherung ab.

Diese Ausritte in Richtung Rechtspopulismus sind kein „Zugeständnis“ an seinen früheren Koalitionspartner, an den Zeitgeist oder an „mediale Logiken“. Sie sind wesentliche Basis seines politischen Konzepts. So wie Luegers Antisemitismus keine wahltaktische Verirrung, sondern der Kitt einer fragilen und widersprüchlichen WählerInnenkoalition war, so sind die rechtspopulistischen Elemente bei Sebastian Kurz keine Ausrutscher, sondern die Basis seines Erfolgs.

DIE GRÜNEN: JA DÜRFEN DIE DAS?

Während also das Kalkül von Sebastian Kurz klar erscheint, verwundert viele im linksliberalen Spektrum die politische Flexibilität der Grünen, die all das mitmachen. Selbstverständlich haben die grünen Spin-Doktoren eine ganze Reihe von, teilweise in sich widersprüchlichen, Rechtfertigungslinien entwickelt, die von vielen Grün-SympathisantInnen mit ebenso großer Verve vertreten werden, wie jahrelang SozialdemokratInnen fragwürdige Kompromisse mit der ÖVP mehr schlecht als recht verteidigt haben.

Die „Klassiker“-Weisheit, dass man nur mit 50% für die SPÖ 100% sozialdemokratische Politik erwarten dürfe, kommt nun zu neuen Ehren in anderen Farben und sind viele Grün-SympathisantInnen inzwischen zu ProzentrechenmeisterInnen geworden, um nachzuweisen, wieviel Prozent grüne Inhalte anteilig im Regierungsprogramm enthalten sein müssen, um den Kräfteverhältnissen zu entsprechen.

Beachtenswert ist auch, wie schnell der Topos „Schlimmeres verhindert zu haben“ von den Grünen aufgegriffen wurde. Wer in den Tagen nach der Einigung die dunklen Andeutungen grüner VerhandlerInnen aufmerksam verfolgte, musste das Gefühl bekommen, das grüne Verhandlungsteam habe ebenso leiden müssen, wie Sebastian Kurz retrospektiv unter den dutzenden von ihm konsequent ignorierten „Einzelfällen“ der FPÖ, die ihm das Leben – unbemerkt von der Öffentlichkeit – vergeltet haben sollen. Man solle sich, wenn man mit dem Regierungsprogramm unzufrieden sei, nur einmal vorstellen, was die ÖVP in den Verhandlungen noch alles gefordert hatte, wurde da drohend in den Raum gestellt. Für manche grüne Abgeordnete war die Erkenntnis, dass manche der übelsten Ideen der letzten Periode offenbar gar nicht von der FPÖ (alleine) kamen, sondern (auch) ÖVP-Anliegen waren, der paradoxe Schlüsselmoment, der sie davon überzeugte, genau mit dieser Partei koalieren zu müssen: Um Schlimmeres zu verhindern. Aus Verantwortung für Österreich.

¹ <https://www.nytimes.com/2020/01/02/world/europe/austria-kurz-greens-coalition-government.html>

Die Grünen gehen in dieser komplementär zu Kurz gespielten Märtyrer-Rolle perfekt auf: Sie haben das Kreuz auf sich genommen, um uns alle zu erlösen.

Denn, und das ist der finale und emotional wohl gewinnendste Punkt: Die grüne Regierungsbeteiligung habe FPÖ-Minister in der Regierung verhindert. Ihre Minister wohl gemerkt, denn inhaltlich gibt es, wie bereits festgestellt, zahlreiche Kontinuitäten. Die grüne Regierungsbeteiligung verhindere, dass sich weiter rechte Burschschafter an den Schaltstellen der Macht breit machen. Das stimmt und es stimmt nicht: Natürlich ist nicht damit zu rechnen, dass bei anstehenden Postenbesetzungen in Verwaltung und öffentlichen Unternehmen weitere FPÖ-Günstlinge zum Zug kommen. An den Schaltstellen, an denen sie sich befinden, werden sie dank der Postenbesetzungen der letzten Regierung wohl noch länger bleiben. Den ersten, in ihrer Bedeutung untergeordneten Personalbesetzungen dieser Regierung fielen aber jedenfalls keine Blauen zum Opfer, sondern der in der ÖVP als Abweichter gebrandmarkte Flüchtlingsbeauftragte der Regierung Faymann-Spindellegger, Christian Konrad – mit ihm ein paar andere, rote, Kuratoriumsvorsitzende der Bundesmuseen.

Die Grünen immunisieren sich gegen Anwürfe nach dem Motto „Ja dürfen die das?“ durchaus erfolgreich mit dem Hinweis, dass sie keineswegs die Ersten sind, die sich an die ÖVP verkaufen, um ihren Platz am Regierungstisch zu sichern und das noch als Dienst an der Allgemeinheit zu verkaufen. In Zeiten des politisch-moralischen Relativismus („wenn alle etwas machen, kann es nicht so schlimm sein“) ist es auch tatsächlich schwierig, den keineswegs geringfügigen Unterschied darin festzumachen, dass die Kurz-ÖVP längst auf FPÖ-Kurs eingeschwenkt ist und insofern die Rechtfertigung, mit der ÖVP die FPÖ verhindern zu können an logischer Konsistenz eingebüßt hat.

DIE KALKULATION DER GRÜNEN

Die Grünen können sich daher durchaus zu Recht Chancen ausrechnen, unter den für sie günstigen Bedingungen einer anhaltenden Klima-Themenkonjunktur, vorerst keinen Glaubwürdigkeitsverlust fürchten zu müssen. Es ist kein Zufall, dass Rudi Anschober in seinen ersten Auftritten besonders souverän wirkt. Für ihn ist diese Konstellation durchaus kein Neuland. Als die SPÖ OÖ im Jahr 2003 der ÖVP beim geplanten Ausverkauf der VOEST an Stronach&Co einen Strich durch die Rechnung machte und LH Pühringer seinen geplanten Wahlsieg nach dem damaligen FPÖ-Kollaps verhandel-

te, lieferten die Landes-Grünen unter Rudi Anschober die Mehrheit, um die Sozialdemokratinnen landespolitisch kalt zu stellen. Zwölf Jahre lang hielt diese schwarz-grüne Koalition auf Landesebene, die der ÖVP im Austausch für ein paar Konzessionen im Umweltbereich in den meisten wesentlichen Bereichen freie Hand ließ.

Ebenso wenig wie diese Zusammenarbeit in Oberösterreich und auch in Linz keineswegs zu einem Kollaps der Grünen geführt hat, ist nun auf Bundesebene damit zu rechnen.

EINE GRÜNE HANDSCHRIFT?

Wohlmeinende begründen das mit der „grünen Handschrift“ im Regierungsprogramm, die v.a. im Klimabereich zu erkennen sei. Diese Erzählung scheint zumindest zweifelhaft. Zu den klimapolitisch relevanten Kapiteln des Regierungsprogramms hat Julia Herr in dieser Ausgabe ausführliche Überlegungen angestellt und konstatiert eine marktorientierte Strategie, mit der die anvisierten Ziele nur unvollständig und zu Lasten der sozial Schwächeren umgesetzt werden.

Davon abgesehen beschränken sich grüne Erfolge darauf, welche Grauslichkeiten des letzten Regierungsprogramms in diesem Regierungsprogramm nicht mehr ausdrücklich wiederholt werden und blendet aus, wo das aufgrund der in den letzten zwei Jahren wegen bereits erfolgter Umsetzung auch nicht mehr notwendig ist. So beeindruckt das Kapitel zur Armutsbekämpfung durch das komplette Fehlen substanzieller Inhalte (Höhepunkt: ein bundesweites Kältetelefon) und irgendeines Hinweises darauf, wie es mit der Mindestsicherung weitergehen soll. Die VfGH-Entscheidung im Vorjahr war zwar tatsächlich eine schallende Ohrfeige für das menschenfeindliche Bundes-Grundsatzgesetz zur Sozialhilfe, hat es aber keineswegs gänzlich aufgehoben. Die schwarz-blaue Mehrheit im oö. Landtag hat im zwischenzeitlich vorgelegten Reparaturgesetz mit neuen Instrumenten die von Anfang an intendierte Kürzung der Mindestsicherung für Kinder aufrechterhalten. Dass der Bundesgesetzgeber diese schwarz-blaue Armutspolitik korrigieren wird, dafür gibt es keinerlei Anhaltspunkte. Als Erfolg wird hingegen schon verkauft, dass die Abschaffung der Notstandshilfe nicht mehr im Regierungsprogramm enthalten sei. Das war sie bei genauerer Betrachtung auch im letzten Regierungsprogramm nicht, was die konkrete Bedrohung keineswegs geringer gemacht hatte. Was die erst kürzlich wieder vom Zaun gebrochene Sozialschmarotzer-Debatte beim AMS für konkrete Auswirkungen ha-

ben wird, bleibt aber abzuwarten. Was für die Sozialhilfe gilt, gilt aber offenbar auch für die überfallsartig beschlossene Einführung des 12-Stunden-Tages oder für die Kassenreform, die der Wirtschaftskammer um teures Geld der Versicherten die ganze Macht in den sogenannten „Selbstverwaltungskörpern“ der Krankenversicherung einräumt. Keines der schwarz-blauen Prestige-Projekte wird auch nur in Gedanken angetastet.

Und das gilt auch für die Projekte, die erst in Planung und noch gar nicht umgesetzt waren, wie z.B. die Steuerreform. Statt jeden verfügbaren Euro in Verkehr, Klimaschutz und den sozial-ökologischen Umbau unserer Wirtschaft zu investieren, halten die Grünen das Wort der ÖVP und senken die Gewinnsteuern für Konzerne, lassen die in der Ära Faymann mühsam und teuer erkaufte Wertpapier-KEST faktisch auslaufen und erhöhen ohne jede Investitionslenkung den Gewinnfreibetrag für Unternehmen.

Ein wirtschafts- und sozialpolitischer Kurswechsel gegenüber der letzten Regierung ist auf dieser Grundlage beim besten Willen nicht erkennbar, allenfalls könnte man sagen, dass Tempo 140 auch in diesem Sektor heruntergebremst wird. Sozialpolitischer Schwerpunkt, um die soziale Flanke so gut es geht zu schließen, bleibt wie in der Regierung Kurz I das Pflgethema. Das Regierungsprogramm bleibt hinsichtlich Maßnahmen und Finanzierung aber ebenso wolkig wie in anderen Bereichen. Immerhin ist es aber der ÖVP selbst in diesem Kapitel gelungen, mit der Forderung einer „Pflege-dahheim-Prämie“ eine Duftmarke zu setzen.

So wenig überzeugend die Behauptung von der grünen Durchsetzungskraft erscheint, so wenig wird das fürs erste von Bedeutung sein. Den Grünen genügen vorläufig auch aufgrund der sozio-demographischen Zusammensetzung ihrer WählerInnen symbolische Erfolge im Bereich Klima und Verkehr und der Nimbus, die FPÖ verhindert zu haben, um ihre WählerInnen und SympathisantInnen bei der Stange zu halten. Sie profitieren dabei nicht zuletzt vom enormen Glaubwürdigkeitsverlust der SozialdemokratInnen, denen viele, auch potenziell sympathisierende WechselwählerInnen, unterstellen, dass öffentlich geäußerte Kritik machtpolitischer Kränkung, nicht inhaltlicher Aufrichtigkeit entspringe.

EIGENTOR IN DER JUSTIZDEBATTE?

Aus diesem Grund sind auch Vorgänge wie Kurz Frontalangriff auf die Justiz vorläufig kein Grund, innerkoalitionär nervös

zu werden oder ernsthaft Stellung zu beziehen. Der Zweck der Übung von ÖVP-Seite ist unschwer zu durchschauen. Den Ermittlungsbehörden sollte klargemacht werden, dass die Zeit der „langen Leine“ unter Übergangs-Minister Clemens Jabloner wieder vorbei ist und der Umstand, dass eine Grüne Justizministerin ist, niemand glauben lassen soll, dass der Arm des Regierungschefs nicht weit genug reiche. Selbst ohne ministerielle Verantwortung hat die ÖVP den handelnden AkteurInnen eine Botschaft geschickt: Man soll sich zweimal überlegen, mit wem man es sich anlegt. Diese Botschaft ist angesichts der laufenden Ermittlungen zu den CASINOS-Besetzungen und anderen türkis-blauen Absprachen keineswegs übertriebener Kontrollwahn. Er entspringt – ebenso wie beim Versuch den Prüfgegenstand des Ibiza-U-Ausschusses einzuschränken – der berechtigten Sorge darüber, dass eben nicht nur die FPÖ, sondern auch die ÖVP und ihr nahestehende Akteure bei diesen Ermittlungen politischen Schaden nehmen könnte.

Geradezu lachhaft ist dabei die offiziell zelebrierte Sorge des Kanzlers über angebliche Missstände bei den Ermittlungsbehörden und die dabei beispielhaft genannte, nachträglich als unzulässig qualifizierte, Hausdurchsuchung im BVT. Ungeklärt hatte Kurz seinen FPÖ-Innenminister gewähren lassen, und nun sollen diese Vorgänge der Grund für seine Kritik an der Staatsanwaltschaft sein?

Auch den Grünen ist nicht ein solches Maß an Naivität zu unterstellen, dass sie diesen Vorwand ernstnehmen würden. Doch Justizfragen bringen nicht einmal das Blut der urbanen Mittelschichten in Wallung und besteht kein annähernd gleich starkes Bedürfnis der Grünen diese ungeheuerlichen Angriffe zurückzuweisen, wie ein Bedürfnis der ÖVP besteht, die Ermittlungen in einer Reihe von heiklen Causen in für sie berechenbaren Bahnen zu halten.

EIN WEITERGEHENDES STRATEGISCHES ZIEL

Und auch wenn beide Koalitionsparteien regelmäßig betonen, wie unterschiedlich ihre Anliegen seien, gibt es auch wesentliche gemeinsame Interessen. Sebastian Kurz ist alles andere als der Sozialpartner-ÖVP-Politiker vergangener Tage, für den die Roten, wenn auch lästig, so doch ein berechenbares Gegenüber sind, das es einem erspart, sich mit ungewohnten Marotten anderer Parteien auseinanderzusetzen. An seinem in der letzten Regierung mit der Brechstange vorangetriebenen Ziel, die noch immer verbliebenen Machtbastionen der ArbeiterInnenbewegung zu zerstören, hat sich nichts

geändert. Dazu zählt auch, die Sozialdemokratie und mit ihr die Gewerkschaften als Machtfaktor auszuschalten. Die Grünen könnten ihm dabei höchst nützlich sein. Sebastian Kurz hat die Brechstange abgelegt und greift nun zu subtileren Werkzeugen.

Bruno Kreisky sah einst, wie Franz Olah u.a., in der FPÖ die Möglichkeit, das bürgerliche Lager zu spalten und so die Vorherrschaft der ÖVP zu brechen. Liegt es da aus ÖVP-Sicht nicht nahe, auch mit Blick auf die Umfragenwerte in Deutschland, die Aufspaltung der sozialdemokratischen WählerInnenkoalition zugunsten der Grünen zu forcieren? Die Wien-Wahl im Herbst bietet der Kurz-ÖVP eine einmalige Chance, erstmals auf demokratischem Wege das „Rote Wien“ zu stürzen. Mehr noch als Türkis-Grün-Pink mit einem Bürgermeister Blümel wäre die Lockspeise, eine grüne Kandidatin zur Wiener Bürgermeisterin zu wählen, ein taktisch kluger Zug der erfahrenen Intriganten rund um Kurz.

HERAUSFORDERUNG FÜR DIE WIEN-WAHL

Die türkis-grüne Regierung sollte daher aus sozialdemokratischer Sicht weniger Anlass für zur Schau getragene „Enttäuschung“ über die Prinzipienlosigkeit der Grünen sein. Sie sollte alle Alarmglocken für die Wien-Wahlen im Herbst schrillen lassen und als „call to action“ wirken. Dabei ersetzt Erregung keinesfalls politische Strategie. Permanente Nörgelei, was denn die Grünen zu dieser oder jener Bösartigkeit von Kurz sagen wird – jedenfalls in der kurzen Frist – wenig helfen, auch wenn sie persönlich allzu verständlich ist. Viele Rot-Grün-SympathisantInnen werden diese Form der Kritik angesichts der bestenfalls als verbesserungsfähig zu bezeichnenden eigenen Performance der SPÖ als hilflose Nörgelei empfinden, nicht als Einladung, ein Stück des Weges mit der SPÖ zu gehen. Dazu zählt auch, eigene Themenkompetenz zu stärken. Die SPÖ wird als Partei nie Klimapartei Nr. 1 sein. Aber viele potenzielle Rot-Grün-WählerInnen werden der Sozialdemokratie ihre Stimme nur dann anvertrauen, wenn sie nicht nur das Gefühl haben, die SPÖ aus anderen Gründen als erste Wahl zu sehen, sondern auch das Klimathema gut bei ihr aufgehoben sehen. Die klimapolitische Themenoffensive von Wiens Umweltstadträtin Ulli Sima ist daher richtig und verdient mehr Aufmerksamkeit und Fokussierung.

Schließlich ist da noch das Offensichtliche: Will man den Grünen ihre Packelei mit der Kurz-ÖVP zum Vorwurf machen, wäre man gut beraten, das – tatsächlich erfolgreiche –

Modell von Rot-Grün in Wien auch als klar präferierte Variante hervor zu streichen. Taktische Versuche, sich „alles offen zu halten“ sind vor dem Hintergrund der zu befürchtenden Absichten der Kurz-ÖVP nicht nur vergebene Liebesmühe, sie sind sogar kontraproduktiv. Es ist absehbar, dass die Grünen die von der SPÖ – mit Recht – als Bedrohung in den Raum gestellte Regenbogenkoalition gegen die SPÖ das Szenario einer SPÖ-ÖVP-Koalition in Wien gegenüberstellen werden. Diese Möglichkeit sollte man ihnen nicht geben. Wer Rot-Grün in Wien will, sollte im Herbst 2020 keinen Zweifel darüber haben, dass nur eine Stimme für die SPÖ das sicherstellt.

DIE SOZIALDEMOKRATIE BRAUCHT EINEN KLAREN KURS

Genauso wichtig ist aber, dass die WählerInnen im Herbst auch wissen, wofür die Sozialdemokratie steht. Der türkis-grüne Honeymoon basiert auf der Grundlage, dass die Grünen klimapolitische Symbole setzen dürfen, während die ÖVP ihren rechtspopulistisch garnierten Kurs des wirtschaftspolitischen Neoliberalismus fortsetzen kann. Er beruht damit letztlich auf der Absenz sozialdemokratischer Opposition, die die sozial- und verteilungspolitischen Schwachstellen dieses Regierungsbündnisses durch offensive Alternativen austestet. Der stärkste Kitt dieses Bündnisses und die beste Selbstrechtfertigung für die grüne Unterordnung unter Sebastian Kurz ist die Schwäche der SPÖ und die gemeinsame Hoffnung, daraus Profit schlagen zu können.

Es ist kein Zufall, dass SPÖ-Landeshauptmann Hans-Peter Doskozil im burgenländischen Wahlkampf nicht nur auf Worte, sondern auf konkret umgesetzte Maßnahmen gesetzt hat: Der Mindestlohn im Landesdienst war mehr als eine sinnvolle Einzelmaßnahme. Er stand symbolisch dafür, auf wessen Seite die Sozialdemokratie steht und dass die SPÖ nicht nur redet, sondern auch handelt. Diesen Ansatz gilt es aufzugreifen und für den städtisch-urbanen Bereich anzupassen. Sozial gerecht und gesellschaftlich progressiv sind genauso wenig ein Widerspruch, wie Klimaschutz und Sozialpolitik. Beide bedingen einander, um erfolgreich zu sein. Das muss die Sozialdemokratie in Worten und Taten unter Beweis stellen, damit das tatsächliche türkis-grüne Projekt – die Ausschaltung der ArbeiterInnenbewegung als Machtfaktor in Österreich – nicht gelingt. 🍷

LUDWIG DVOŘÁK

ist gf. Chefredakteur der ZUKUNFT.



Into the Night
Die Avantgarde im Nachtcafé

Erna Schmidt-Caroll, Chansonette, c. 1928, Private collection, © Estate Erna Schmidt-Caroll

Gute Ziele, wenig Mittel

SPÖ-Klimaschutz-Sprecherin **Julia Herr** beleuchtet die klimaschutz-politischen Inhalte des neuen Regierungsprogramms. Sie begrüßt die ambitionierten Ziele, die durch fehlende Mittel und teilweise kontraproduktive konkrete Maßnahmen aber konterkariert würden. Der realistische Weg zur Klimaneutralität führe über einen „Green New Deal“, der den sozialen und ökologischen Umbau unseres Wirtschaftssystems miteinander verbinde.

Das Anfang Jänner vorgelegte Regierungsprogramm enthält eine ganze Reihe guter und wichtiger Ziele: Klimaneutralität bis 2040, Sanierungsquote von 3%, Ausstieg aus Öl und Kohle bei der Raumheizung, 1-2-3-Ticket österreichweit. Wow. Bei den Klima-Zielsetzungen zeigen sich vielleicht die markantesten Unterschiede zwischen dem bisherigen und dem neuen Regierungsprogramm. Doch wie sollen sie erreicht werden?

WICHTIGE MASSNAHMEN

Das Regierungsprogramm enthält neben den abstrakten Zielen, deren Umsetzung unklar bleibt, auch eine Handvoll messbarer Vorgaben und konkreter Maßnahmen: Bis 2030 sollen erneuerbare Stromkapazitäten im Ausmaß von 27 TWh aufgebaut werden, davon 11 TWh aus Solar- und 10 TWh aus Windenergie, 5 TWh aus Wasserkraft 1 TWh aus Biomasse. Bei Abweichungen vom vorgegebenen zehnjährigen Entwicklungspfad sollen verpflichtende Maßnahmen vorgesehen werden. Im Bereich der Gebäudesanierung soll das Ziel einer 3%igen Sanierungsquote erreicht werden. Ölheizungen sollen ab 2020 im Neubau nicht neu hergestellt und ab 2025 schrittweise verpflichtend außer Betrieb genommen werden. Je eine Öffi-Milliarde sollen für den Nah und den Regionalverkehr zur Verfügung gestellt werden.

WO SIND DIE FINANZMITTEL?

Doch wer konkrete Angaben darüber sucht, wieviel dafür investiert werden soll oder gar, wie die erforderlichen Mittel

aufgebracht werden, sucht im Regierungsprogramm großteils vergeblich. Für den Ausbau der erneuerbaren Energien sieht das Regierungsprogramm Unterstützungsvolumen von max. einer Milliarde Euro im dreijährigen Mittel vor. Das Unterstützungsvolumen sind jene Mittel, die von den EndverbraucherInnen über Ökostromabgaben und -pauschalen für die Ökostromförderung bezahlt werden. Zum Vergleich: zwischen 2017 und 2019 standen im Mittel rund 700 Mio. Euro zur Verfügung. Dabei zahlten HaushaltkundInnen 2018 den fünffachen Preis pro kWh, den IndustriekundInnen zu bezahlen hatten. Das Regierungsprogramm enthält keine Hinweise auf eine Änderung der Finanzierungsquellen und das wird kritisch zu hinterfragen sein: Denn das entscheidende Ziel einer Energiewende kann nicht ausschließlich von den Normal-VerbraucherInnen finanziert werden, während etwa die Industrie weiterhin von massiven Begünstigungen profitiert. Schon jetzt ist der Anteil der Haushalte an den gesamten Stromkosten fast doppelt so hoch ist wie der Anteil am Verbrauch, während das bei der Industrie genau umgekehrt ist. Gleichzeitig werden diese Mittel aber auch nicht ausreichen, um die erforderlichen Investitionen in den Ausbau der Kapazitäten und der Netze zu finanzieren. Im August 2019 kam eine von der AK Wien mit der TU Wien ausgearbeitete Studie zum Schluss, dass allein der Netzausbau jährliche Investitionen von 1,5 Mrd. Euro pro Jahr erfordert, während bislang kaum die Hälfte davon aufgewendet wurde.¹ Gleichzeitig wäre bei einem Unterstützungsvolumen für die Ökostrom-Erzeugung von einer Milliarde Euro nach dieser Studie von einem um 40% höheren Marktpreis pro kWh auszugehen. Nach dem derzeitigen Finanzierungsmethoden würden daher die privaten Haushal-

te den wesentlichen Teil der Lasten für die überfällige Energiewende zahlen. Das ist unzumutbar. Die Energiewende braucht daher nach den ambitionierten Zielen nicht nur ein ambitioniertes Investitionsprogramm. Sie braucht v.a. auch einen Finanzierungsplan, der nicht die privaten Haushalte für die Energiewende der großen industriellen Stromverbraucher bezahlen lässt.

Das gilt aber auch für das Ende der Kohle- und Ölheizungen. Aus ökologischer Sicht sinnvoll, braucht es hier öffentliche Förderprogramme, v.a. aber auch entsprechende Strategiepläne für alternative Angebote. Der Ausbau von Fernwärme u.a. nicht-fossilen Wärmequellen wird zusätzliche Investitionen erfordern und muss zeitnah erfolgen, um die schrittweise verpflichtende Abschaltung privater Ölheizungen ab 2025 real umsetzen zu können.

ÖFFENTLICHER VERKEHR

Das gilt wohl auch für die im Bereich des öffentlichen Verkehrs festgelegten Ziele. Das 1-2-3-Klimaticket wird von Seiten des Bundes nach Schätzungen von Experten Bundeszuschüsse iHv einer Milliarde Euro erforderlich machen.² Die Verhandlungen mit den vielen verschiedenen Akteuren, mit Ländern, regionalen Verkehrsverbänden und Verkehrsunternehmen machen es notwendig, hier ernsthaft Geld in die Hand zu nehmen. Die komplizierten Verrechnungsprobleme zwischen den Beteiligten brauchen finanzielle Lösungsansätze. Dazu kommt der Bedarf an einem Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Die zwei im Regierungsprogramm genannten Öffi-Milliarden beziehen sich auf die gesamte Legislaturperiode, pro Jahr sollen also nur jeweils 200 Mio. Euro für Nah- und Regionalverkehr zur Verfügung stehen.

Zur Einordnung: Bei der noch im freien Spiel der Kräfte im November 2019 von der SPÖ im Nationalrat beantragten jährlichen Klimaschutzmilliarde hätte die Hälfte jedes Jahr in den öffentlichen Verkehr investiert werden sollen. Auch Umweltorganisationen wie Global 2000 fordern eine jährliche Klimamilliarde mit ähnlichem Verteilungsschlüssel. Türkis-Grün lehnte diesen Antrag in vorkoalitionärer Eintracht ab, weil „das Geld nicht auf den Bäumen wachse“ und weitergehende Maßnahmen geplant seien. Nun enthält das Regierungsprogramm 100 Mio. weniger pro Jahr für den öffentlichen Verkehr, als unser „Notfallplan“ für den ersten Schritt vorgesehen gehabt hätte.

ÖKOLOGISCHE STEUERREFORM

Die Regierung hat auch eine „ökosoziale Steuerreform“ angekündigt. Der „ökologische“ Teil dieser Steuerreform wurde auf 2022 verschoben und soll eine Arbeitsgruppe die Details ausarbeiten. Die ÖVP darf bereits 2021 das Füllhorn über Konzernen, Beziehern von Wertpapiergewinnen und Unternehmen ausschütten. Zwei Milliarden dringend benötigter Einnahmen werden für die Senkung der Gewinnsteuer köst, Gewinnfreibeträge und die faktische Beseitigung der Wertpapier-KEST aus dem Fenster geworfen. Die Ökologisierung des Steuersystems muss warten. Ihre genaue Gestaltung und der damit verfolgte Zweck sind im Regierungsprogramm widersprüchlich. Einerseits sollen „klimaschädliche Emissionen aufkommensneutral wirksam bepreist“ werden, andererseits sollen „Unternehmen sowie Private sektoral entlastet werden.“ Dadurch soll sichergestellt werden, „dass es keine Mehrbelastungen für die Wirtschaft und für Private gibt“, bei „gleichzeitiger Wahrung des CO₂-Lenkungseffekts“. Das Regierungsprogramm verspricht also steuerliche Anreize zur CO₂-reduzierenden Verhaltenslenkung, es soll dadurch aber niemand belastet werden. Klar, dass man erst darüber beraten muss, wie man diese widersprüchlichen Ziele erreichen will. CO₂-lenkende Maßnahmen, die niemand spürt, kann es nicht geben.

Viel wichtiger ist aber der Fehler im Ansatz: Öko-Steuern sind kein Selbstzweck. Sie sollen ein Ziel erreichen helfen. Das ist auf zwei Wegen denkbar: Sie können zum einen die Einnahmen erhöhen, mit denen dann notwendige Investitionen für den ökologischen Umbau finanziert werden. Das ist offenkundig nicht das Ziel, denn die ökologische Steuerreform soll „aufkommensneutral“ sein. Dann bleibt als zweiter Weg der „Lenkungseffekt“. Hier dominiert oft die neoklassische Annahme, dass alle Menschen selbst-optimierende Rechenmaschinen sind, die ihren unmittelbaren wirtschaftlichen Vorteil stets im Blick haben und durch ökonomische Anreize zur Verhaltensänderung getrieben werden. Außen vor bleibt bei solchen Überlegungen oft die Frage vorhandener Alternativen und sonstiger Hindernisse. Der Umstieg auf Öffis braucht eine Verdichtung und Erweiterung des öffentlichen Verkehrsangebots. Es braucht den Ausbau lokaler Infrastruktur, um Verkehr überhaupt zu vermeiden. Ein 75-jähriges Ehepaar wird eine Heizungsanlage wohl auch dann nicht umbauen, wenn sich die Investition in 10 Jahren amortisieren würde. Steuerliche Maßnahmen können eine ergänzende Motivation sein, sie können (noch viel mehr) ein wichtiges Finanzierungsinstrument sein, um die großen Verursacher von CO₂-Emissionen an den dadurch verursachten Kosten zu beteiligen. CO₂-orien-

tierte Steuern können aber das dringend notwendige Investitionspaket, das wir für einen ökologischen Umbau benötigen, bestenfalls ergänzen, nicht ersetzen. Das grundlegende Problem an den Steuerplänen in diesem Regierungsprogramm sehe ich daher weniger im Zeitpunkt, als im Ansatz.

Die geplante Steuerreform verschenkt zwei Milliarden Euro an Konzerne und Reiche und schwächt damit die Finanzierungsbasis für die überfälligen sozial-ökologischen Investitionsmaßnahmen. Zum Vergleich: diese Steuergeschenke kosten **pro Jahr**, was die Regierung **in der gesamten Periode** für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs ausgeben will. Dabei sehen auch Experten wie Stefan Schleicher, der im Nationalratswahlkampf die Grünen unterstützt hat, einen jährlichen Investitionsbedarf von zwei Milliarden Euro für Mobilität, um die Klimaziele erreichen zu können.³ Die ausbleibenden Lenkungseffekte dieser fehlenden Investitionen könnte selbst eine Öko-Steuerreform, die nicht ihre eigenen Ziele konterkariert, nicht ausgleichen.

DIE UNSICHTBARE HAND DES MARKTES

Im Regierungsprogramm hat sich hinter den positiven Zielen die neoliberale Idee durchgesetzt, die „unsichtbare Hand des Marktes“ könne die ökologische Transformation bewirken. Das zeigt sich auch im Ansatz der Wohnaussenanierung. Eine „Green Finance Agenda“ soll den Einsatz von privatem Kapital in ökologische Investments durch eine KEST-Befreiung attraktiver machen. Das Mietrecht soll „attraktiviert“ werden, um die Ökologisierung und Investitionen in Sanierungen durch die Eigentümer zu fördern. Die angesprochene 3%ige-Sanierungsrate bleibt ohne Zusagen für zusätzliche Fördermittel in diesem Bereich und will v.a. die Wohnbauförderung der Länder anders koordinieren. Ohne zusätzliche Fördermittel können aber die angestrebten Sanierungsraten nicht erreicht werden, jedenfalls nicht ohne den Neubau zu drosseln. Wir brauchen aber neben einer Sanierungsoffensive auch die Steigerung des klimaverträglichen Neubaus leistbarer geförderter Wohnungen. Dafür braucht es auch in diesem Bereich öffentliche Investitionen statt der von der ÖVP gewünschten Entfesselung geheimnisvoller Marktkräfte.

DIE SOZIALE DIMENSION

Die Klimakrise trägt in ihren Auswirkungen schon jetzt eine soziale Krise in sich. Nicht nur im globalen Maßstab, wo

die Klimaveränderung die Lebensgrundlagen von Millionen Menschen gefährdet und zerstört. Auch in Österreich sind es diejenigen, die kein Ferienhaus am Land haben, die am stärksten unter den städtischen Hitzesommern leiden; sind es die EigenheimbesitzerInnen, deren lebenslange Arbeit durch Unwetter- und Hochwasserschäden vom einen Tag auf den anderen zerstört sein kann; sind es die ArbeitnehmerInnen im Tourismus, aber auch in der Fossilindustrie, die bei anhaltender Klimazerstörung und einem marktgesteuerten Umbau unserer Wirtschaft ohne Beschäftigungsgarantien die Zeche zahlen werden.

Die politische Auseinandersetzung kann sich daher nicht um die Frage drehen, ob wir mit aller Kraft und ambitionierten Zielen die Klimaveränderung zu begrenzen versuchen. Die Frage ist, wie wir das tun.

Soweit dieses Regierungsprogramm konkrete Maßnahmen nennt, deuten die in die Richtung, den Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft den Marktkräften anzuvertrauen und öffentliche Investitionen durch die VerbraucherInnen bezahlen zu lassen.

Wenn es um die Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen geht, weisen Experten oft und gerne darauf hin, dass ein Gutteil der Investitionen durch die Vermeidung der Strafzahlungen aufgebracht werden könnte, die Österreich zahlen muss, wenn es seine international vereinbarten Klimaziele weiter missachtet. Die Idee ist richtig: Es ist klüger, Budgetmittel für Klimaschutz auszugeben, als für Strafzahlungen. Der von der ÖVP forcierte Ansatz ist es aber, die KonsumentInnen für die notwendigen Klimaschutzmaßnahmen zahlen zu lassen und die zu vermeidenden Strafzahlungen in doppelter Höhe den Konzernen und Reichen zu schenken. Das ist nicht nur sozial ungerecht, es ist letztlich auch nicht machbar. Die fehlende Bereitschaft, die notwendigen Mittel für die gesteckten Ziele in die Hand zu nehmen, droht nicht nur die gesellschaftliche Akzeptanz des überfälligen Umbaus in Frage zu stellen, sie wird auch die Verwirklichung dieser Ziele unmöglich machen.

EIN „GREEN NEW DEAL“ IST NOTWENDIG

Diesem marktgesteuerten Klima-Programm müssen wir daher ein radikales, sozial-ökologisches Programm zum Umbau eines profitzentrierten Wirtschaftssystems gegenüberstellen, auf globaler Ebene genauso wie in Österreich.

Die Erreichung des Klimaschutzes kann die Industrie als Verursacher von Treibhaus-Emissionen nicht außen vorlassen, wie es das Regierungsprogramm de facto tut. Es braucht einen öffentlichen Transformationsfonds und staatlich koordinierte Maßnahmen, um gemeinsam mit den Sozialpartnern Branche für Branche neu auszurichten und den sozial-ökologischen Umbau zu vollziehen.

Im Energie-, Verkehrs- und im Wohnbereich braucht es die Mobilisierung massiver öffentlicher Investitionen. Der Abbau von CO₂-Emissionen im Verkehrsbereich braucht dabei nicht nur eine massive Erweiterung öffentlicher Verkehrsangebote, einen Ausbau von Bahn- und auch Busstrecken, von Mikro-öV-Angeboten etc.: Er braucht auch einen neuen Ansatz zur Stärkung öffentlicher Infrastruktur, nicht nur im ländlichen, sondern auch im kleinstädtischen Raum. Der Ausbau von lokalen Dienstleistungsangeboten sollte einhergehen mit der Ausweitung öffentlicher Beschäftigungsinitiativen. Öffentliche Beschäftigungsprojekte, die vor Ort Arbeitsplätze für (Langzeit-) Arbeitslose schaffen, als Trägerinnen neuer lokaler Infrastrukturen sind ein wichtiger Teil dieses sozial-ökologischen Umbaus. Der Wohnbau braucht neue Förderschienen und Mittel, um steigenden Wohnungspreisen und Wohnungsknappheit entgegenzutreten. Raumordnung und Flächenwidmung müssen besser genutzt werden, um infrastrukturell teurer, profitorientierter Verbauung und der Zersiedelung zu begegnen.

Schließlich brauchen wir auch neue Ansätze in Landwirtschaft und Ernährung: Die Bodenzerstörung durch die profitorientierte Agrarindustrie muss gestoppt werden. Qualitative Lebensmittel für alle sind ein sozialdemokratisches Zukunftsthema ersten Ranges. Ernährungsgewohnheiten ändern sich seit Jahrzehnten und werden sich auch in den nächsten Jahrzehnten ändern müssen: Dabei muss im Vordergrund stehen, die gesunde und klimaverträgliche Lebensmittelerzeugung und die Reduktion der Lebensmittelverschwendung zu forcieren.

STRATEGISCHE AUSRICHTUNG

Die Klimakrise braucht Antworten, die genauso radikal sind wie die Wirklichkeit. Deshalb ist es auch kein „grünes“ Thema. In der Klimapolitik geht es nicht um einen singulären Wahlerfolg. Es geht darum, ob und wie wir über- und gut zusammenleben. Die Klimakrise betrifft die arbeitenden Menschen in doppelter Weise. Anders als die Reichen haben sie

es nicht so leicht, ihren Wirkungen auszuweichen. Und während Automobil-, Fossil- und Chemiekonzerne ihre Produktion, wenn auch noch so verzögert, umstellen und ihre Profite aus anderen Quellen holen werden, sind es deren Beschäftigten, für die eine Umstellung der Produktion existenzielle Folgen haben wird.

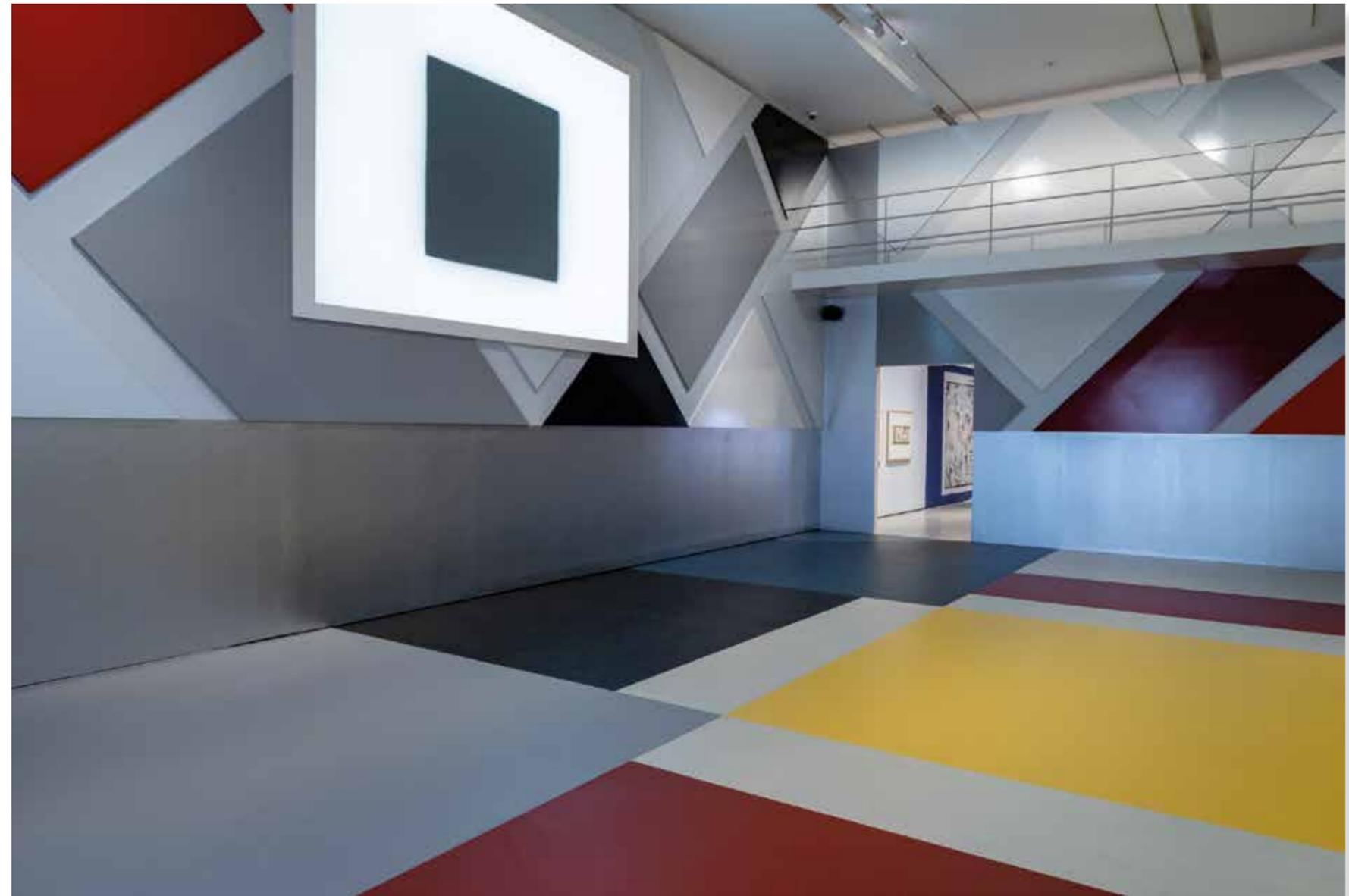
Das aktuelle Regierungsprogramm ist keinesfalls der ökologische Durchbruch, als den es v.a. die Grünen verkaufen wollen. Die Durchsetzung markanter Ziele haben sie mit der Akzeptanz, marktliberaler und finanziell unzureichend ausgestatteter Instrumente bezahlt.

Als Sozialdemokratie sollten wir aber nicht glauben, dass Kritik am Regierungsprogramm ausreichen wird, Mehrheiten für eine Veränderung zu gewinnen. Gerade mit Blick auf die jahrelang von uns gemachten Zugeständnisse in Koalitionen mit der ÖVP sollten wir uns bewusst sein, wie nachsichtig WählerInnen mit der von ihnen unterstützten Partei sein können, v.a. wenn sie von den negativen sozialen Veränderungen nicht direkt betroffen sind. Es genügt daher nicht, an den mangelhaften und in die falsche Richtung gehenden Programmansätzen der anderen herumzunörgeln.

Der marktorientierten Klimapolitik der türkis-grünen Bundesregierung müssen wir eine auf soziale Veränderung orientierte und nur dadurch wirkungsvolle Alternative gegenüberstellen. Wir müssen soziale Auseinandersetzungen und klimapolitische Veränderung zusammenführen. Und wir müssen verstehen, dass Klimapolitik kein Nischenthema ist, das wir mit Programmen allein gewinnen. Unsere soziale und unsere ökologische Zukunft hängt davon ab, ob wir Menschen dafür gewinnen mit uns für eine lebenswerte Zukunft und Gesellschaft zu kämpfen. Und ob wir dazu bereit sind, auf die Menschen, die diesen Kampf seit Monaten und Jahren führen, zuzugehen und ihnen unsere Unterstützung anzubieten. 🍷

JULIA HERR

ist Umweltsprecherin im Nationalrat und Mitglied im SPÖ-Parteipräsidium.



Into the Night
Die Avantgarde im Nachtcafé
Into the Night, Pressefoto

-
- 1 https://www.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/wirtschaft/energiepolitik/Power_Burden_2019.pdf
 - 2 <https://www.derstandard.at/story/200013826478/klimaneutralitaet-bis-2040-kostet-jaehrlich-vier-milliarden-euro>
 - 3 <https://www.derstandard.at/story/200013826478/klimaneutralitaet-bis-2040-kostet-jaehrlich-vier-milliarden-euro>

Österreichs Lehrlingspolitik: Ein Herzstück der neuen ÖVP-Grünen Regierung?

Christian Hofmann untersucht die Entwicklung der dualen Berufsausbildung im Programm der neuen Bundesregierung, die ihr einen besonderen Stellenwert zuschreiben scheint. Er arbeitet dabei auch heraus, welche Defizite und Fallstricke das Programm dabei aufweist.

Über 100.000 junge Menschen absolvieren in Österreich derzeit eine Lehre. Die Zahl der Lehrlinge ist dabei im Jahr 2019 zum ersten Mal seit längerem wieder gestiegen. Die Regierung Kurz I betonte laufend, dass der Mangel an Fachkräften eine wichtige Problemstellung für die österreichische Wirtschaft darstellt. Doch abseits von Überschriften und Ankündigen hat die türkis-blaue Regierung nichts getan um ihren Worten auch Taten folgen zu lassen. Wie wird sich die Lehrlingspolitik unter ÖVP und Grünen entwickeln?

ÜBERSCHRIFTEN UND ANKÜNDIGUNGEN ODER DOCH MEHR?

Lobend muss erwähnt werden, dass der jetzigen Regierung die Thematik der dualen Berufsausbildung anscheinend am Herzen liegt, knapp 6 Seiten im Regierungsprogramm sind lehrlingsrelevanten Vorhaben gewidmet. Begrüßenswert erscheint der Plan, dass alle Lehrberufe in einem 5-jährigen Zyklus auf die Aktualität ihres Berufsbildes, auf dem die Ausbildung basiert, überprüft werden sollen. Das klingt im ersten Moment gut, doch fraglich ist, ob das zuständige Wirtschaftsministerium über die entsprechenden Mittel verfügt, qualitativ hochwertige wissenschaftlich begleitete Evaluierung zu

finanzieren oder ob es sich hierbei schlicht um einen Marketinggag handelt. Auch die Schaffung von Lehrberufen mit dem besonderen Schwerpunkt Umweltschutz und Nachhaltigkeit ist ein wichtiger Schritt.

Zudem ist die Forcierung der Berufsbildung in der 9. Schulstufe eine sehr wichtige Maßnahme, um jungen Menschen überhaupt die unterschiedlichen Möglichkeiten ins Berufsleben zu kommen, zu erläutern. Mit der verpflichtenden Fortbildung von betrieblichen Ausbildern hat die Regierung eine langjährige Forderung der Gewerkschaftsjugend übernommen. Im Gegensatz zur ÖVP-FPÖ Regierung bekennt sich die derzeitige Regierung zur Ausfinanzierung der überbetrieblichen Lehrwerkstätten für Jugendliche, die keinen „regulären“ Lehrplatz gefunden haben. Die Kürzungen, die unter der Regierung Kurz I durchgeführt wurden, sollen aber anscheinend nicht mehr ausgeglichen werden. Die Möglichkeit nach der Lehre einen Meisterkurs zu absolvieren, soll gefördert werden und damit das Handwerk gestärkt werden. Bemerkenswert ist das Bekenntnis der Regierung zur verpflichtenden Weiterbildung der betrieblichen Ausbilder. Diese Forderung der Gewerkschaftsjugend wurde bisher von Unternehmerseite immer kategorisch abgelehnt.

TEILZEIT AUCH FÜR LEHRLINGE

Die ÖVP-FPÖ-Regierung plante die Möglichkeit einer Teilzeit-Lehre zu etablieren, um Lehrlingen mit Betreuungspflichten (Kinder oder zu pflegende Angehörige), den Abschluss einer Lehre zu ermöglichen. Dieser Vorschlag ist nun unter dem Titel „Flexi-Lehre“ wieder zurück. Beispielsweise für eine gelernte Einzelhandelskauffrau hätte dies aufgrund längerer Lehrzeit in Kombination mit verspäteten Gehaltsprüngen (durch weniger vollwertige Berufsjahre) einen Verlust von mehreren zehntausenden Euro an Einkommen alleine in den ersten Berufsjahren zur Folge. Dies stellt besonders in Bereichen wie dem Handel - bekannt für seine hohen Teilzeitquoten - einen Schritt in Richtung Einzementierung der Altersarmut von Frauen dar. Anspruch auf bedarfsgerechte Kinderbetreuung oder der Ausbau von öffentlichen Pflegeleistungen, bzw. stärkere Unterstützung durch Kurse zum außerordentlichen Antritt zur Lehrabschlussprüfung als Alternative werden nicht benannt: konservatives Familienbild mit grünem Anstrich getarnt als Fachkräfteoffensive.

ATTRAKTIVIERUNG DER LEHRE?

Die betreffenden Punkte stellen jedoch nur vage Ankündigungen dar, so soll zum Beispiel die Lehre mit Matura „attraktiver“ gemacht werden. Wie dies erfolgen soll, bleibt die Bundesregierung aber entsprechend schuldig. Besonders die Problematik, dass viele Lehrlinge die Vorbereitung auf die Reifeprüfung neben ihrer Arbeit absolvieren müssen, wird nicht thematisiert. Die Forderung der Gewerkschaftsjugend nach einem Rechtsanspruch auf die Absolvierung der Maturakurse in der Arbeitszeit wurde bisher von Arbeitgeberseite immer wieder abgelehnt (z.B. bei den Verhandlungen zum KV der IT-Branche für 2020). Die Lehre soll des Weiteren auf akademische Ausbildungen „angerechnet“ werden, bzw. die „Durchlässigkeit“ zwischen den verschiedenen Bildungssystemen (Lehre, höhere Schulen, akademischer Bereich) gefördert werden.

Die Lehre nach Matura, in Form sogenannter „dualer Akademien“, soll außerdem forciert werden. Dabei handelt es sich um ein lehrlingsähnliches Ausbildungssystem, welches die Maturanten durchlaufen. Es stellt eine Mischung zwischen betrieblicher und schulischer Ausbildung dar. Die „Lehrlinge“ erhalten in diesem System nicht die niedrigere Lehrlingsentschädigung, sondern die niedrigste kollektivvertragliche Entlohnung. Bezahlt wird der überwiegende Teil der Ausbildungskosten aber nicht durch die Betriebe, sondern durch das AMS und die öffentliche Hand.

ALLE GEGEN PFLEGELEHRE DOCH SCHWARZ UND GRÜN DAFÜR.

Im neuen Regierungsprogramm plant die Regierung die Etablierung eines Pflegelehrberufs. Die Kritik, dass 15-jährige nichts in der Pflege verloren hätten, wird besonders von der ÖVP zerstreut, obwohl die Gewerkschaft, Arbeiterkammer und die Verbände von pflegenden Angehörigen die Lehrausbildung strikt ablehnen. Kurz scheint sich hier an den Interessen der WKÖ zu orientieren, welche die Etablierung eines Lehrberufes fordert. Die Regierung scheint nun einen etwas weniger steinigen Weg zu gehen, um Jugendliche unter 18 in der Pflege auszubilden. Die vorgestellte „Pflegeschule“ angelehnt an eine HTL bedeutet ebenfalls, dass Personen unter 18 in der Pflege ausgebildet werden, aber mit weniger Praxis und vermutlich mehr Theorie.

FÖRDERUNG FÜR BETRIEBE NICHT FÜR LEHRLINGE

Auch im Bereich der Lehrlingspolitik geht die neue Regierung vom Paradigma aus, dass Unternehmen primär mit Anreizen (sprich mit viel Geld) subventioniert werden müssen, damit sie Lehrlinge ausbilden. Der Unwille zur Ausbildung von Lehrlingen scheint dabei aber gar nicht zur Rhetorik des „Fachkräftemangels“ zu passen. Die Regierung plant die Einführung neuer Förderungen für Betriebe, welche Lehrlinge ausbilden. Nach welchen Kriterien diese Förderungen vergeben werden sollen, bleibt dabei unklar. Einerseits soll die Ausbildung von Lehrlingen gefördert werden, andererseits sollen die Unternehmen weitere Förderungen erhalten, wenn ihre Lehrlinge gewisse Bildungsziele erreichen. In keinem einzigen Punkt im Regierungsprogramm wird die Leistung der Lehrlinge, die immerhin als junge Menschen Leistungen in teilweise sehr komplexen beruflichen Feldern liefern, als förderungswürdig tituliert. Auch im Bereich der Lehrlingspolitik scheint diese Regierung die Interessen der Betriebe vor die Interessen der Arbeitnehmer zu stellen.

DAS VORARLBERGER MODELL FÜR ÖSTERREICH?

Bis 2018 sind die Zahlen der Lehrlinge jedes Jahr gesunken, 2019 zum ersten Mal branchenübergreifend wieder gestiegen. Seit Jahren fordert die Gewerkschaftsjugend daher die Einrichtung eines Fonds, welcher sich aus den Beiträgen der Arbeitgeber speist und Betriebe, die auf die Ausbildung junger Menschen setzen, subventioniert und von jenen Betrieben umverteilt, welche zwar den Fachkräftemangel beklagen,

aber nichts dagegen tun. In Vorarlberg wurde auf freiwilliger Basis ein erster Modellversuch gestartet: Betriebe der Elektro- und Metallindustrie zahlen in einen Fonds ein, aus welchem wiederum Betriebe für ihre Ausbildung subventioniert werden. Die Regierung prüft nun ob dies auf ganz Österreich ausgedehnt werden soll.

WAS FEHLT?

Der Vorteil der Lehrlingsausbildung besteht aus ihrem Zusammenspiel aus theoretischer (Berufsschule) wie praktischer Ausbildung (durch angeleitete Arbeit im Betrieb). Vielfach funktioniert aber die Kommunikation und Abstimmung zwischen Berufsschule und Betrieb überhaupt nicht und die Lehrlinge behandeln im Betrieb das Thema A und in der Berufsschule das Thema B. Dieses Problem könnte durch digitale Tools gelöst werden, die dem Betrieb anzeigen, was gerade in der Berufsschule thematisiert wird und daher praktisch geübt werden sollte und vice versa. Besonders im Kontext der immer stärkeren internationalen Verflechtungen werden Fremdsprachen immer wichtiger. Vielfach ist der Unterricht an den Berufsschulen aber nur geeignet um Basiskompetenzen zu erwerben. Die Debatte um eine Ausdehnung der Berufsschulzeiten ist in vielen Berufen dringend notwendig. Außerdem braucht es einen höheren Mitteleinsatz für Berufsschulen.

In den letzten Jahren zeichnet sich ein Trend ab, dass im Rahmen der Lehrlingsausbildung zunehmend auf digitale Instrumente (z.B. Lern-Apps) gesetzt wird. Hier muss das Berufsausbildungsgesetz auf die sich abzeichnenden Veränderungen angepasst werden. Betriebe, die einmal die Berechtigung erlangt haben, Lehrlinge auszubilden verlieren diese Berechtigung nur in den wenigsten Fällen. So sind in vielen Branchen die Betriebe bekannt, in denen Lehrlinge seit Jahren Durchfallquoten von 70% bei der Lehrabschlussprüfung aufweisen. Solchen schwarzen Schafen die Ausbeutung junger Menschen zu verunmöglichen, wäre ein wichtiger Schritt in der Qualitätssicherung im Bereich der Lehre. In diesem Sinne benötigt es eine verstärkte Kontrolle durch eine externe „Qualitätsagentur“ angelehnt an das Arbeitsinspektorat, welches die Einhaltung der Ausbildungsordnungen und der gesetzlichen Ausbildungsbestimmungen in Kombination mit der Arbeitszeit überwacht und gegebenenfalls die Berechtigung zur Ausbildung entziehen kann. Der Lehrabschluss als große Prüfung am Ende der Lehrzeit macht zunehmend in der bisherigen Form keinen Sinn mehr. Vielmehr wäre es sinnvoll, die Prüfung auf mehrere kleinere Teilleistungen aufzuteilen und zum

Beispiel eine Projektarbeit in Anlehnung an die vorwissenschaftliche Arbeit im AHS Bereich zu integrieren (zu mindestens für kaufmännisch-administrative Lehrberufe).

Fraglich ist, ob es unter ÖVP und Grünen einen generellen Kulturwandel im Bereich der Entwicklung, bzw. Weiterentwicklung von Lehrberufen gibt. Die jetzige Ministerin Schramböck hat in der Regierung Kurz I primär auf Zuruf der Unternehmen agiert. Nicht mehr eine breite Ausbildung, die Lehrlingen nach dem Ausbildungsende eine sicherere Qualifikation bieten soll, steht im Vordergrund, sondern primär die Bedürfnisse der Betriebe. Sowohl die Gewerkschaft, als auch die Arbeiterkammer, die bisher im Prozess der Lehrberufsentwicklung zum Zwecke des Interessensausgleich maßgeblich inkludiert waren, werden zunehmend mit vollendeten Tatsachen im Interesse der Arbeitgeber konfrontiert. Fraglich ist ob sich dies nun unter der grünen Regierungsbeileitung ändern wird.

CHRISTIAN HOFMANN
ist Bundesjugendsekretär der GPA-djp.



Into the Night
Die Avantgarde im Nachtcafé
Ramón Alva de la Canal, El Café de Nadie (Nobody's Café), c. 1970

Migration – Integration

In Ihrem Beitrag versucht **Ingrid Nowotny** einen faktenbasierten Überblick über die Bereiche Migration und Integration zu geben. Als größte Herausforderung sieht sie weniger die Fluchtbewegungen der letzten Jahre als vielmehr die Integration der zweiten und dritten Generation. Maßnahmen, auch mit Verpflichtungscharakter, müssten einhergehen mit der Beseitigung von Rassismus und Diskriminierung, die Integration behindern. Dafür brauche es neben rhetorischen Bekenntnissen aber v.a. auch eine Stärkung des Sozialstaats, um die soziale Diskriminierung zu überwinden.

Kein Thema ist so stark von Emotionen und Irrationalismen, von Miss- und Unverständnis geprägt wie Migration und Integration. Eines ist immer zu bedenken: Jede Zuwanderung ist, so banal, aber immer wahr, eine Zuwanderung von Menschen – und das erfordert aktive Maßnahmen zur Integration. Gleichstellung und Gleichbehandlung sind Voraussetzung für eine kohärente und solidarische Gesellschaft. Die Hilfe und Unterstützung dabei ist unsere Schuldigkeit.

MIGRATIONSFAKTOREN

Die Gründe für Migration sind vielfältig, aber überschaubar: Der mit Abstand größte Teil der Migration hat eine Ursache im Wohlstandsgefälle. Schon innerhalb der EU finden wir exorbitante Einkommensunterschiede, vereinfacht gesagt ist es möglich, an einem Wochenende in einem Hochlohnland so viel zu verdienen wie zu Hause in einem ganzen Monat. Wäre dem nicht so, gäbe es z.B. das Phänomen der 24-Stunden-Pflege in Österreich nicht. Hinzu kommt der Faktor der Entfernung. In Europa spielt sich das Wohlstandsgefälle innerhalb relativ kurzer Strecken ab.

Der zweite wesentliche Faktor ist Krieg und politische Verfolgung. Meistens geht hier die Flucht mit Flucht vor existenziellem und wirtschaftlichem Ruin einher.

Das klassische Bild, dass Zuwanderung aus wirtschaftlichen Gründen steuerbar ist, die Fluchtbewegung hingegen nicht, gilt nicht mehr, oder nur mehr zum Teil. Politisch Verfolgte

müssen nach der Genfer Flüchtlingskonvention aufgenommen werden, unabhängig von Konjunktur und Arbeitsmarktlage einerseits und von Alter, beruflicher Qualifikation etc. andererseits. Der klassische Arbeitsmigrant aus Drittländern unterliegt hingegen dem Regime des Fremden-, Aufenthalts- und Ausländerbeschäftigungsrechts. Innerhalb der EU herrscht Freizügigkeit ohne quantitative Beschränkung. Beim Familiennachzug sind Begrenzungen ebenfalls nur eingeschränkt möglich.

Die politische Herausforderung besteht nun darin, diese höchst unterschiedlichen Voraussetzungen, die oft in undurchschaubarer Gemengelage auftreten, zu regeln und insbesondere zu administrieren, und zwar so, dass von Anfang an eine Grundlage und eine Perspektive für die Integration geschaffen wird.

ZAHLEN, DATEN, FAKTEN

Bevor wir in eine politische Diskussion und in ein „Narrativ“ darüber einsteigen, sollten wir an Hand von Zahlen, Daten und Fakten den realen Hintergrund des Problems beleuchten und zur Entemotionalisierung beitragen. Die Analyse der Faktenbasis und der Größenordnungen bietet Raum genug für strategische und politische Überlegungen.

Wir sind mit der Tatsache der aktuellen Migrationssituation nicht erst seit der Flüchtlingswelle des Jahres 2015 konfrontiert. Vielmehr ist Österreich seit den späten 60-er Jahren ein Land mit Zuwanderung – jedoch mit unterschiedlichen Kausalitäten und Vorzeichen.

Zur Vollständigkeit sei hier festgehalten, dass die großen Zuwanderungswellen im Gefolge des Zweiten Weltkrieges, der ungarischen Revolution 1956 (170.000) und des Prager Frühlings 1968 (200.000) hier unberücksichtigt bleiben, wengleich das Ausmaß durchaus späteren Zuwanderungswellen gleicht. Hier kann mit gutem Grund die Integration als abgeschlossen betrachtet werden. Dies gilt insbesondere auch für die 90.000 Bosnier, die um 1993 im Zuge des Krieges aus Jugoslawien nach Österreich gekommen sind.

In Österreich lebten 2019 1,439 Mio. Menschen ohne österreichische Staatsbürgerschaft, das sind 16,2% der gesamten Wohnbevölkerung. 2,02 Mio oder 23,3% haben unabhängig von der Staatsbürgerschaft sogenannten „Migrationshintergrund“, d.h. beide Elternteile sind im Ausland geboren.

Etwa 1,5 Millionen Menschen gehören der sogenannten „Ersten Generation“ an, da sie selbst im Ausland geboren wurden und nach Österreich zugezogen sind. Knapp 530.000 Personen mit Migrationshintergrund sind hingegen in Österreich geborene Nachkommen von Eltern mit ausländischem Geburtsort; sie werden daher auch als „Zweite Generation“ bezeichnet. Eine „dritte Generation“ wird in den statistischen Erhebungen nicht separat erfasst.

Anfang 2017 lebten rund 93.000 anerkannte Flüchtlinge und subsidiär Schutzberechtigte in Österreich. Hinzu kommen noch etwa 37.000 Personen mit offenen Asylanträgen (Asylwerber).

Man kann davon ausgehen, dass im Jahr 2015 rund 89.000 Schutzsuchende nach Österreich kamen (BMI, Asylstatistik: 88.340 Asylanträge). Die meisten von ihnen stammten aus Afghanistan und Syrien. Seitdem ist die Zahl an Asylanträgen wieder stark gesunken (2018: 13.746; 2019: ca. 12 000, vorläufige Zahl, BMI Asylstatistik).

Zu relativieren ist auch die Aussage „Die meisten ausländischen Staatsangehörigen sind Deutsche“. Das stimmt insofern, als deutsche Staatsangehörige mit 192.000 Personen (gefolgt von 121.000 serbischen, 117.000 türkischen und 113.000 rumänischen Staatsangehörigen) zwar die höchste Zahl ein- und desselben Staates, aber noch immer nur 13% der gesamten ausländischen Staatsangehörigen erreichen.

FLUCHT - ARBEITSMIGRATION - FAMILIENNACHZUG

Schon aus dieser kurzen Darstellung ist ersichtlich, dass die „Flüchtlingswelle“ des Jahres 2015 im Verhältnis zu den anderen Größenordnungen gering ist. Dennoch überdeckt in der aktuellen öffentlichen Wahrnehmung und in der politischen Diskussion die Zuwanderung im Jahr 2015 alle anderen im Zusammenhang mit der Migration stehenden Themen. Vor diesem Hintergrund bleibt fraglich, ob es berechtigt ist, von einer „Flüchtlingskrise“ oder gar von einer „Flüchtlingskatastrophe“ zu sprechen.

Der größte Anteil der migrantischen Bevölkerung ist Folge der Arbeitsmigration und des zeitverzögert einsetzenden Familiennachzuges.

Auch hier muss man sich mit der Wahrheit auseinandersetzen: Die Integration der Flüchtlinge des Jahres 2015 ist nur ein Teil des Problems; auch die Versorgung der vom Arbeitsmarkt ausgeschlossenen Asylwerber und der noch nicht in den Arbeitsmarkt integrierten anerkannten Flüchtlinge ist ein temporäres Problem, da sie zunehmend Arbeit finden.

PROBLEME DER INTEGRATION

Die Herausforderung liegt in der Integration der Zweiten und Dritten Generation der sogenannten „Gastarbeiter“. Hier wurde viel versäumt und auch durch politische Entscheidungen Fehlentwicklungen eingeleitet: Die sehr spät einsetzenden unterstützenden Maßnahmen zur Integration, insbesondere in den Arbeitsmarkt (Frühförderung durch Kindergarten und Schule; Sprachkurse; Förderung durch AMS, etc.) sind sattsam bekannt.

Die Ursache liegt aber auch in einer nicht kohärenten Zuwanderungspolitik: Lange Zeit wurde die Zuwanderung fast ausschließlich und auch sehr effizient durch die Arbeitskräfteanwerbung (Beschäftigungsbewilligungen) gesteuert. Maßgebliche Grundlagen waren Konjunktur und Arbeitskräftenachfrage. Die Zulassung galt auf jeden Fall zeitlich begrenzt und ohne Recht auf Familiennachzug. Diesem Konzept folgend sollten die Arbeitskräfte im Fall des Rückganges der Konjunktur und der Nachfrage nach Arbeitskräften wieder leicht zur Rückkehr in ihre Herkunftsländer gezwungen

werden können. Integration war von vornherein ausgeschlossen. Diese Rechnung ging aber nicht oder nur zu einem Teil auf. Etwa die Hälfte der Arbeitskräfte kehrte tatsächlich zurück, die andere Hälfte wollte oder musste Fuß fassen.

Der Beitritt zur EU und weitere höchstgerichtliche Urteile machten der wirtschafts- und arbeitsmarktorientierten Zuwanderungspolitik ein Ende. Auch Österreich musste nunmehr menschenrechtliche Grundstandards wie Aufenthaltsverfestigung und Familieneinheit akzeptieren. Fairerweise muss auch festgehalten werden, dass unter dem Aspekt des Familiennachzuges nie so viel Menschen zugelassen worden wären, wie unter dem Konzept der bloß temporären Anwerbung.

Hinzu kam noch die Zuwanderung nach den Regeln der Freizügigkeit des EU-Vertrages. Hier war nach Ablauf der siebenjährigen Übergangsfrist eine quantitative Steuerung oder eine zeitliche Begrenzung des Aufenthaltes nicht mehr möglich. Hier muss auch offen gesagt werden, dass der Zustrom aus den Beitrittsländern weit unterschätzt wurde.

Faktum ist vor allem, dass zu spät einsetzende Maßnahmen der Integration einen wesentlich höheren Aufwand erfordern und soziale sowie allgemein gesellschaftspolitische Probleme perpetuieren.

WAS IST UNTER INTEGRATION ZU VERSTEHEN?

Integration findet in den Bereichen Bildung, Arbeit und Wohnen statt; diese Faktoren bestimmen zu einem hohen Grad die soziale Akzeptanz: Je besser die Sprachkenntnisse, das Einkommen und die Wohnsituation desto höher der Integrationsgrad. Dies trifft beim Großteil der Migranten zu.

BILDUNG

25% der Bevölkerung mit Migrationshintergrund verfügt nur über einen Pflichtschulabschluss; bei Türken ist dieser Anteil doppelt so hoch. Positiv zu bewerten ist die sinkende Tendenz bei der Zweiten Generation. Bei Personen ohne Migrationshintergrund beträgt der Anteil der Pflichtschulabsolventen 10%.

ARBEIT UND EINKOMMEN

Im Jahr 2018 hatten 23% bzw. 1.003.000 der Erwerbstätigen Migrationshintergrund (2008: 17%). Ihre Erwerbstätigen-

quote lag mit 66% unter der der Inländer (75%) Die Arbeitslosigkeit ist mit 11,3% deutlich höher als die der Inländer (6,7%). Es liegt auf der Hand, dass die wesentlichen Gründe für diese Schlechterstellung auf dem Arbeitsmarkt im geringeren Sprach- und (Berufs)Bildungsniveau liegen.

Die patriarchale Familienstruktur fördert zudem die geringere Erwerbsbeteiligung der Frauen.

Das Medianeinkommen der ausländischen Staatsangehörigen betrug im Jahr 2017 20.871 Euro; das sind 82% des Medianeinkommens in Österreich. Migranten sind hauptsächlich im Niedriglohnbereich beschäftigt, selbst wenn sie formal über eine höhere Berufsqualifikation verfügen.

An dieser Stelle soll auf die positiven Auswirkungen der Arbeitsmigration erinnert werden: Ganz abgesehen vom demographischen Gewinn, wären ohne zugewanderte Arbeitskräfte die hohen Wachstumsraten im Bau und im Fremdenverkehr nicht möglich und persönliche Dienstleistungen, Gesundheitsversorgung und Pflege nicht mehr aufrecht zu erhalten gewesen.

WOHNVERHÄLTNISSE

Die durchschnittliche Wohnfläche für Haushalte für Personen mit Migrationshintergrund beträgt 31 m², rund ein Drittel weniger als der Wohnraum für Österreicher. Die Wohnkosten sind ebenfalls deutlich höher. In Städten gibt es zudem eine stärkere örtliche Segregation.

RELIGION UND KULTUR

Religion und Kultur spielen eine nicht zu unterschätzende Rolle, wenngleich der überwiegende Teil der Migranten nicht mehr an traditionellen Werten festhält. Dennoch wird äußerlich manifestierte Religion und Kultur in der Öffentlichkeit überproportional wahrgenommen, was die Segregation begünstigt und die wirtschaftliche und soziale Schlechterstellung perpetuiert.

Die Frage, ob zur Integration hier mehr Toleranz notwendig (Akzeptanz der patriarchalen Familienstruktur und äußerer Zeichen der Religionszugehörigkeit; Kopftuch) oder klare Vorgaben (Erlernen und Gebrauch der deutschen Sprache; Sanktionierung der Diskriminierung von Frauen; Kopftuchverbot) eher helfen, ist noch nicht endgültig beantwortet. Sie

steht zudem auch noch in einem starken Spannungsfeld der politischen Diskussion, und zwar quer durch die überkommenen ideologischen Lager.

Auch hier ist Entemotionalisierung und Objektivierung notwendig. Leitlinie sollte nicht die realitätsferne und idealisierte Vorstellung, unserer toleranten, humanitären, egalitären und demokratischen Gesellschaft sein, sondern die klare realitätsbezogene Zielsetzung: Bestimmte Gruppen, insbesondere von Migranten sind vom Wohlstand unserer Gesellschaft ausgeschlossen, und dieser Missstand ist mit allen Mitteln zu beseitigen!

Die realen Erfahrungen sprechen eher für klare, verpflichtende und – wo notwendig – sanktionierbare Vorgaben. Genau wie große Teile unserer Gesellschaft nach wie vor wenig Bezug zu Toleranz, Akzeptanz und Respekt haben, genau so wenig werden so manche Migranten ihre überkommenen Werte und Verhaltensweisen mit Freude aufgeben.

Mit Nachdruck ist aber hier ein weiteres mögliches Missverständnis auszuräumen: Das Angebot materieller Leistungen, sei es auch mit gewissem Druck, davon auch Gebrauch zu machen, enthebt uns nicht von der Verpflichtung, das erwähnte Defizit an Toleranz, Akzeptanz und Respekt schonungslos aufzuzeigen und mit allen Mitteln zu bekämpfen. Integration heißt aufeinander zugehen, und zwar für beide Seiten. Wie soll jemand motiviert sein, sich in eine Gesellschaft zu integrieren, aus der ihm ein Klima der Ablehnung, sei es real oder auch nur atmosphärisch, entgegenschlägt?

Selbst wenn sich die Ablehnung in vielen Fällen auf das Verbale beschränkt und somit keine unmittelbar existenziellen Folgen hat, wie etwa Ausbeutung der Arbeitskraft oder Ausgrenzung von sozialen Einrichtungen, so birgt dennoch schon jede auch nur latente Vorstufe zum Rassismus Gefahren in sich. Es genügt nicht, sich angewidert von Shitstorms abzuwenden oder das Schüren von Angst ins rechtsextreme Eck zu stellen und dort zu belassen, es gilt das Bewusstsein für fatale Kausalitäten zu schärfen: Wir brauchen nicht enttäuscht zu sein, wenn sich Migranten Integrationsangeboten zuweilen verschließen; wir müssen endlich erkennen, dass Ablehnung zwangsläufig zur Abwehrhaltung führt und somit das beste Angebot nichts mehr nützt.

Einfach ausgedrückt: Wenn einem Menschen das Gefühl des Nicht-dazu-Gehörens vermittelt wird, müssen wir zur

Kenntnis nehmen, dass er sich der Mühe des Anpassens entzieht und sich dorthin begibt, wo er so geschätzt wird, wie er ist: in seine eigene Kultur und Wertegemeinschaft. Die wenigen „Role Models“, die es trotzdem geschafft haben, können wir wohl als Motivation zur Integration, aber nicht als allgemein gültigen Maßstab heranziehen.

Und dennoch, man darf sich nicht darüber hinwegtäuschen: Die richtige Geisteshaltung und der Ausdruck des Respekts sind wohl eine notwendige, aber noch lange keine hinreichende Bedingung für die Schaffung eines fruchtbaren Bodens für die Integration. Gegen Rassismus, für Freiheit und Gleichheit aller setzen sich viele ein, aber sind sie auch bereit, aktiv für die Integration einzutreten? Damit ist gemeint: Sind alle, die Ungleichheit und Diskriminierung entrüstet ablehnen auch bereit, zu geben, auch wenn es Abstriche an das liberale Grundverständnis bedeutet? Und damit sind wir bei einem harten Kern: Integration und Gleichstellung heißt auch sozialer Ausgleich und Umverteilung. Bei Steuerprogression, Lohn- und Arbeitsbedingungen, Mietenstopp, Mindestsicherung, aber auch bei Gratiskindergarten, Ganztagschule und freiem Zugang zu Bildung etc. halten sich dann viele Wohlmeinende nobel, um nicht zu sagen pharisäerhaft, zurück. Aber gerade hier geht es um die effiziente Unterstützung zur Integration, die auch etwas kostet. Die Antworten von Migranten auf konkrete Fragen nach ihren Bedürfnissen werden eher lauten: Wohnen, Arbeit, Entlohnung, als Wahlrecht oder Unterlassung sprachlicher Diskriminierungen. Wir brauchen uns nicht zu scheuen, klar zu sagen, die langfristige Integration der migrantischen Bevölkerung fordert den Sozialstaat. Mit einem Bekenntnis zur Gleichheit, Freiheit und Humanität, Ja zu den Menschenrechten allein ist es nicht getan; es geht um Fragen der unmittelbaren Überlebensstrategie in einem fremden Umfeld.

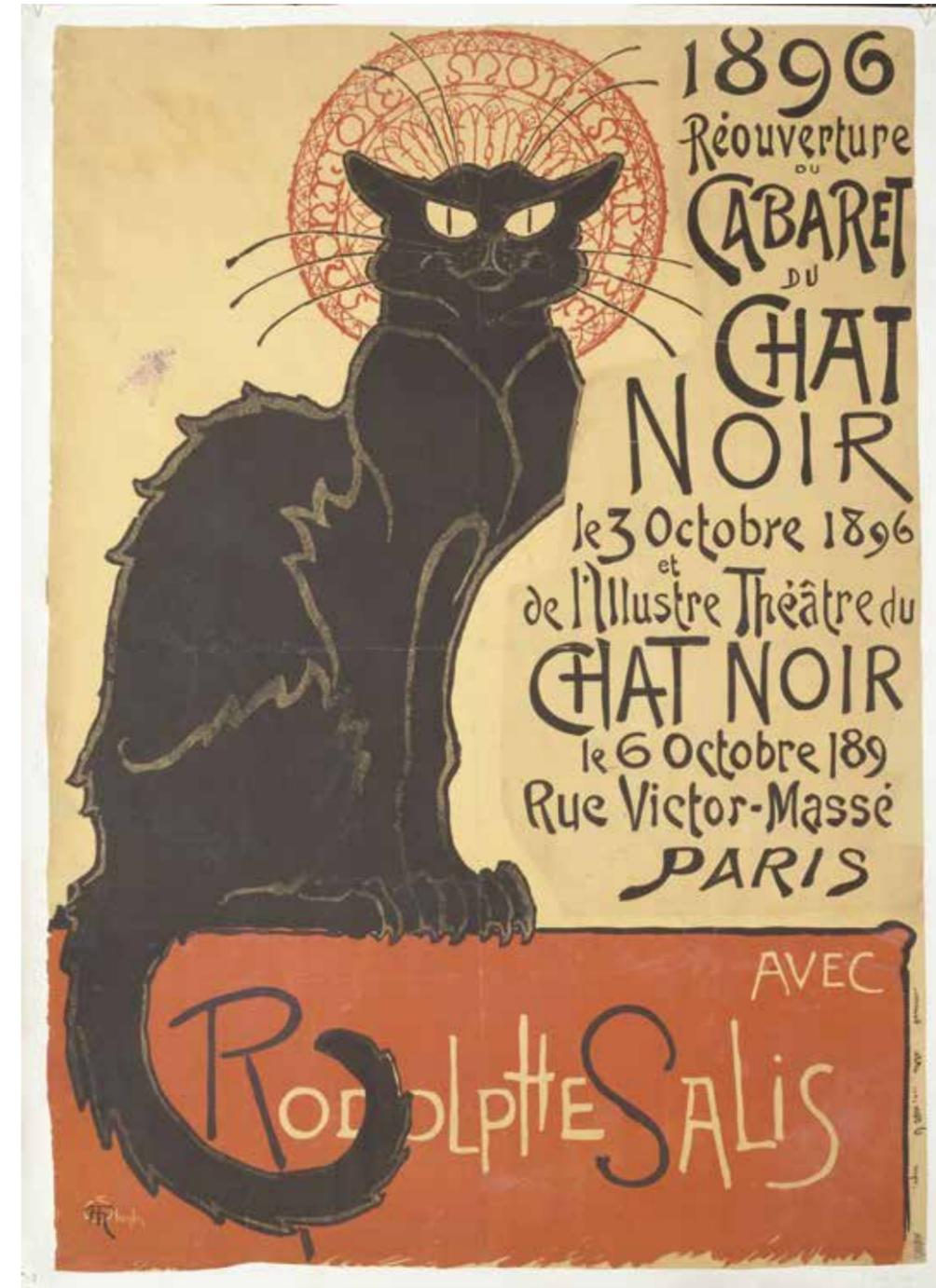
Obwohl sich die Zuwanderung vieler Menschen aus verschiedenen Kulturen bereits über die letzten Jahrzehnte erstreckt, stehen wir erst am Anfang eines gewaltigen Integrationsprojektes. Es wird gelingen, insbesondere wenn wir uns der schon jetzt manifesten positiven Auswirkungen bewusst werden: Keine Hassrede kann die Tatsache überdecken, dass unser Wohlstand und unser geordnetes Staatswesen auch auf der Arbeitsleistung der Migranten beruht und dass die Aufnahme von Schutzsuchenden humanitär zwingend geboten ist. Erst durch richtig verstandene und großzügige Unterstützung zur Integration in Verbindung mit der Schaffung eines Klimas der Wertschätzung und des Respekts wird die Zuwan-

derung nach Österreich auch zu einem langfristigen Erfolgsprojekt. Die Sozialdemokratie hat ihrem Selbstverständnis nach allemal dazu mehr beizutragen, als andere politische Gruppierungen, die sich – selbsternannt – gegen Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit geben! 🍷

DR. INGRID NOWOTNY
war, zuletzt als Sektionsleiterin, jahrzehntelang im Bereich Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsmigration und Logistik im Sozialministerium tätig. Sie ist Bildungsvorsitzende der SPÖ Hietzing.

Quellen:

Statistik Austria, in: Migration & Integration 2019; Zahlen.Daten. Indikatoren; Hrsg: Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres; Bundesministerium für Inneres; Österreichischer Integrationsfonds, Wien 2019.



Into the Night
Die Avantgarde im Nachtcafé
Théophile-Alexandre Steinlen, Réouverture du Cabaret du Chat Noir, 1896
© Victoria and Albert Museum, London



Sozialdemokratie 4.0

Vortragsreihe mit Diskussion

Wir wollen über die Situation und aktuelle Ausgangslage der österreichischen Sozialdemokratie diskutieren und auf dem Weg in die **ZUKUNFT** einen offenen Diskussionsprozess in Gang setzen, der vor allem die ideologischen und programmatischen Notwendigkeiten einer **Sozialdemokratie 4.0** diskutiert.

Die Wiener Bildungsakademie, das Magazin **ZUKUNFT** sowie die Organisator*innen konnten ganz in diesem Sinne vier hochkarätige Referenten gewinnen und laden dazu ein.

Termine

Donnerstag, 12. März 2020 18:30 Uhr
Oliver Scheiber – Auferstehung der Sozialdemokratie

Donnerstag, 16. April 2020 18:30 Uhr
Max Lercher – Neuer Aufbruch der Sozialdemokratie

Donnerstag, 14. Mai 2020 18:30 Uhr
Nils Heisterhagen – Der dritte Weg, die neoliberale Illusion und die Sozialdemokratie

Donnerstag, 18. Juni 2020 18:30 Uhr
Christian Swertz – Digitale Bildung und Sozialdemokratie

Ort

Wiener Bildungszentrum Praterstraße 25a, 1020 Wien